

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Freitag, 16. April 1926.

Nr. 90.

Journaille.

Vor einem Wiener Gericht steht Alexander Weiß, verantwortlicher Redakteur des „Abend“, und hat sich wegen des Verbrechens der Erpressung zu verantworten. Er hat als leitender Redakteur eines Blattes, das vom Skandal lebte und in der Bekämpfung der Korruption durch die möglichst plastische Schaustellung ihrer Intimitäten zwar weniger eine ethische Aufgabe, als die Möglichkeit reizenden Abfahrs erlangte, von Banken und Kapitalisten für die Verschweigung gewisser Skandale Geld genommen. Sein Fall wurde von den bürgerlichen Blättern zunächst laut in alle Welt geschrien als der Sündenfall der sozialistischen Presse. Der „Abend“ hat sozialistische und sozialdemokratische Ideen vertreten, zum Teil, weil es in den Absichten seines Gründers Colbert lag, zum andern, weil er so die Konkurrenz anderer bürgerlicher Skandalblätter zu schlagen hoffte. Daß es nicht auf das Lippenbekenntnis, sondern auf den Charakter des Blattes, auf seine Herausgeberkraft und die Art seiner Führung ankommt, zeigte der Fall Weiß mit aller gewünschten Deutlichkeit. Die bürgerliche Presse konnte aus der Affäre des „Abend“ nicht lange gegen die Sozialisten Kapital schlagen, es zeigte sich bald, daß der Fall Weiß nichts gegen die sozialistische, aber alles gegen die kapitalistische Presse beweist. Es wurde auffallend still im Walde der bürgerlichen Blätter und mit dem Fortschreiten des Prozesses merkte man, daß die Genossen des Weiß in den Redaktionsstuben aller bürgerlichen Blätter das beängstigende Gefühl nicht los werden können, daß einer der Ihren vor den Schranken des Gerichtes steht. Auf die mächtig angewachsenen Prozessen des Alexander Weiß aber könnte man schreiben „Costi fan tutti!“ — so machen's alle!

Was in dem einen Fall einem Manne bewiesen wurde und sich als privates Erpressergeschäft enthielt, das ist von dem kapitalistischen Betrieb der Presse überhaupt nicht zu trennen. Diegt schon in dem Beginnen, eine Zeitung als Erwerbsgeschäft zu führen, der Keim aller künftigen Verfassungen und Sündenfälle, so macht der moderne, großkapitalistische Pressebetrieb die bürgerliche Journalistik vollends korrupt. Während sozialdemokratische Parteien Blätter gründen, um ein Sprachrohr zu besitzen, und oft schwere Opfer bringen, um ihre Presse zu erhalten, muß der kapitalistische Unternehmer aus der Zeitung nicht nur Profit ziehen, er muß sie auch, um die Konkurrenz zu halten, so billig als irgendmöglich abgeben. Die großen Fehlbeträge hat das Inseratengeschäft und, wenn das nicht mehr ausreicht, die „Wohltätigkeit“ reicher Spender zu decken. Da aber in der kapitalistischen Gesellschaft nichts umsonst ist, so muß der Herausgeber, der von dem Kapitalisten Geld nimmt, einen Gegendienst leisten. Er muß sein Blatt in den Dienst des Geldgebers stellen. Der Journalist aber, der den Auftrag auszuführen hat, verkauft seine Gesinnung doppelt, dem Herausgeber, der ihn beizdet, und dem jeweiligen Auftraggeber, der den Herausgeber bezahlt. Die Korruption bringt in alle Ressorts der bürgerlichen Presse ein. Sie beginnt beim volkswirtschaftlichen Teil, der das Geschäftsinteresse der Banken und der Industriearbeiter unmittelbar berührt, und sie reicht bis in den politischen und feuilletonistischen Teil, in dem die öffentliche Meinung erzeugt wird. Der Mensch von heute denkt und fühlt nach den Maßstäben, die ihm sein Leibblatt zuschneidet. Es ist selbstverständlich, daß die Verquickung von Politik und Geschäft ihren Niederschlag in den politischen Geschäftsbüchern findet. Wir haben hierzulande, um nur zwei Beispiele zu nennen, die „Narodni Listy“ und die „Sudetendeutsche Tageszeitung“, die beide politischen Gruppen und ihren finanziellen Hindernissen (oft sind Finanziers und Politiker die gleichen Personen) dienstbar sind. Die Regierungen bedienen sich der Presse, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die „Prager Presse“ und die übrigen Regierungsblätter, die mit dem Steuergeld der Bürger ausgehalten werden, fallen in diese Gruppe.

Die Konzerne und Trusts haben ihre Organe. Die Korruption dieser Art ist lokal nicht begrenzt. Stinnes kaufte sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und mit ihr den ehemaligen Sozialisten Lensch, der Hugenberg-Konzern in Deutschland, die Northcliff-Presse in England, die vom Comité des forges und von der Banque de Paris ausgehaltenen Pariser Journale sind einander ebenbürtig an Gesinnungslosigkeit und Korruption. Weniger deutlich treten die geschäftlichen Hintergründe bei den großen Presseunternehmen an den Tag, die als Verlage organisiert sind und sich eine gewisse Unabhängigkeit gewahrt haben, wie der „Ullstein“, der „Rosa“, der „Merkur“-Konzern. Es gibt kapitalistische Unternehmen, die sich nicht eigene Zeitungen halten können, sondern fremde zeitweise für ihre Zwecke gefügig machen müssen, so die Rüstungsindustrie, die „Kölnische Industrie“ (denken wir an den Spiritusfonds!), gewisse Luxusindustrien, die durch kleine Nachrichten oft an versteckter Stelle unter den Berichten vom Tage ihre Köder legen.

Die Käuflichkeit der bürgerlichen Presse macht sie zur schärfsten Waffe des Kapitalismus und zum Erzfeind der Arbeiterklasse, die ja der Hauptkonsument des verabreichten Giftes ist. Lassalle und Liebknecht haben ihre ganze Beredsamkeit, das lodernde Feuer ihrer gewaltigen Sprache aufgebogen, um die Gefahren der kapitalistischen Presse den Arbeitermassen begreiflich zu machen. Wilhelm Liebknecht hat vor allem gegen den verderblichen Irrtum angeklämpft, daß die liberale Presse minder gefährlich sei, als die offen bekennende reaktionäre. Diese liberale Presse hat seit je vor allem in Wien einen verheerenden Einfluß auf das Denken weiter Schichten der Bevölkerung ausgeübt. Die Alleinherrschaft der „Neuen Freien Presse“, die jeder Regierung zu Willen war, wurde erst nach zwei jahrzehntelangen Kämpfe durch Karl Kraus und die „Arbeiter-Zeitung“ gebrochen. Aber noch heute ist die Wiener liberale Presse ein Hort der Korruption. Gleichzeitig mit dem Fall des „Abend“ hatte die Geschichte der Wiener Journaille einige „Kleinigkeiten“ zu verzeichnen, so eine Erpresseraffäre im Betrieb des berühmten Jakob Lippowits, dem obendrein von den Monarchisten gemieteten „Neuen Wiener Journal“, eine ähnliche Affäre in der Wiener „Allgemeinen Zeitung“, die im Solde Horthys steht, und zu all dem kommt das immer aktuelle Problem der Bessely-Pressen. Die „Stunde“ des Bessely stellt geradezu den Gipfel bürgerlicher Pressumperei dar. Sie treibt ihr Erpressergewerbe bei hellstem Tage und ohne jede Anwendung von Scham. Ihre Bessely ist der Typus des Nachkriegsabenteurers, des Landknechts, der sich und seine Gesinnung dem Meistbietenden verkauft. Im Kriege machte er sich einen Namen als Soldatenschilder und Schieber mit Wurst, Seife und Ziegeln. Während der Rätezeit war er selbstverständlich Kommunist, nach ihrem Sturz wandte er sich den Weißen zu, und als ihm der Boden in Budapest zu heiß wurde, verlegte er sein Arbeitsfeld nach Wien. Seine Leumundsnotiz weist 16 Defizite innerhalb von neun Jahren, und zwar, Betrug, Diebstahl, Preistreiberie, Verleumdung, Verleumdung und Erpressung, auf. Ueber die neue Praxis der Presserkorruption, die Bessely begründet hat, gibt das Zeugnis der Wiener Polizeidirektion die beste Auskunft:

„Bessely, der als reich gilt, vertritt nach der Äußerung weiter journalistischer Kreise in Wien in seiner journalistischen Tätigkeit eine ganz eigenartige Auffassung, die von der Wiener Journalistik als mit den Standesinteressen eines Journalisten nicht vereinbar angesehen wird. Diese Auffassung geht dahin, daß ebenso wie der Rechtsanwalt oder der Arzt von seinen Klienten, bzw. Patienten für geleistete Dienste honoriert werde, auch der Journalist auf Entlohnung von Seite der Personen Anspruch erheben könne, welchen er durch Publizieren, aber auch durch Verschweigen von Mitteilungen Dienste erwiesen habe.“

In dem Prozeß, den Bessely mit dem Schriftsteller Stolper führte, erklärte Be-

seffny Verteidiger, dieser habe von Castiglione zu wiederholtenmalen Geld genommen und leugne es nicht im entferntesten. Die Blätter des Bessely zeichnen sich durch Sensationismus in der übelsten Sorte aus. Ihre besondere Spezialität ist die finanzielle Auswertung des Privatlebens. Kein Scheidungsprozeß, kein Selbstmord, kein Sexualvergehen geht vorüber, ohne daß Bessely nicht Enthüllungen brächte, die dann plötzlich abbrechen — wenn der Revolversehnsucht seine Wirkung getan hat. Karl Kraus hat auch gegen diese schmutzige Schande Wiens den rücksichtslosesten Kampf aufgenommen und die Lösung ausgegeben: „Hinaus aus Wien mit dem Schmutz!“ Gerade die Besselyschand beginnt nicht nur um des Kampfes Karl Kraus willen eine mitteleuropäische Angelegenheit zu werden, da die „Stunde“ ihre Erpressertätigkeit heute schon weit über die Grenzen Wiens und Oesterreichs hinaus ausübt. Genosse Musterlich hat im „Kampf“ die Ursachen des moralischen Verfalls gerade der Wiener Presse aufgezeigt, die in

dem eigentlich provinziell Kleinbürgerlichen Charakter Wiens liegen. Immer wieder zieht die Wiener Presse die Aufmerksamkeit Europas auf sich, weil sie am kräftigsten die Laster zur Schau trägt, die der kapitalistischen Presse überhaupt eigen sind. Aber wie der Fall Weiß niemanden verleiten sollte, darüber die Allgemeinheit der Korruption in Wien zu vergessen und Bessely zu pardonieren, weil er sich noch nicht ertappen ließ, so darf die Beachtung, die man der Wiener Korruption mit vollem Recht zuwendet, nicht dazu führen, die Beschränktheit der Erscheinung zu glauben. Weiß ist einer von vielen und wahrhaftig nicht der Schlimmste. Wenn auch keine zweite Stadt sich einer Sumpflaute rühmen kann, die ihre Bessely gleicht, so bleibt doch die bürgerliche Presserkorruption mit der bürgerlichen Gesellschaft unzertrennlich verbunden, und unser Kampf muß auf's Ganze gehen, eingedenk der Lösung Lassalles: Haß und Verachtung, Tod und Vernichtung der bürgerlichen Presse!

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—
Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (174)

Deutschland nimmt an der Studienkommission teil

Kein Präjudiz für den Eintritt in den Völkerverbund.

Berlin, 15. April. (Wolff.) Die deutsche Antwortnote an den Völkerverbund, die heute in Genf übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut:
„Herr Generalsekretär! Indem ich den Empfang Ihres Schreibens vom 20. März bestätige, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, einen Vertreter zur Teilnahme an den Beratungen der Kommission zu entsenden, die durch Beschluß des Völkerverbundes am 18. März d. J. eingesetzt worden ist, um die Frage der Zusammensetzung des Rates sowie die Zahl seiner Mitglieder und das Verfahren ihrer Wahl zu prüfen. Die Ernennung des deutschen Vertreters darf ich mir vorbehalten. Ich gestatte

mir hierbei, darauf hinzuweisen, daß sich der deutsche Vertreter, da Deutschland nicht Mitglied des Völkerverbundes ist, bei den Beratungen der Kommission naturgemäß in einer anderen Lage befinden wird, als die Vertreter der übrigen beteiligten Mächte. Diese besondere Lage Deutschlands wird nicht nur von dem deutschen Vertreter berücksichtigt werden müssen, sondern macht es auch notwendig, ausdrücklich hervorzuheben, daß seine Teilnahme an den Beratungen die Freiheit der Entscheidung der deutschen Regierung hinsichtlich des Eintrittes Deutschlands in den Völkerverbund nicht berührt. Genehmigen Sie, usw. Stresemann.“

Radič demissioniert.

Zwei kroatische Minister bleiben. — Spaltung der kroatischen Bauernpartei.

Belgrad, 15. April. Heute mittag berief der König sämtliche Minister zu einer Besprechung im Palais. Nach einer kurzen Konferenz verließen die Minister das Palais und der Ministerpräsident teilte den Vertretern der Presse mit, daß die kroatischen Minister Stephan und Pavle Radič und Dr. Krajac demissioniert haben, und daß der Post- und Telegraphenminister Superina (Kroate) das Ministerium für Agrarreform, der Forst- und Bergwerksminister Dr. Nikić (Kroate) das Handelsministerium und der Außenminister Trivanović (Kroate) das Unterrichtsministerium interimistisch leiten werden.

und Nikić gegen den Willen Stefan Radič' und entgegen den Richtlinien der kroatischen Bauernpartei im Ministerium blieben, wird die Spaltung dieser Partei als unausweichlich angesehen. Hinter Superina und Nikić könnten ungefähr 20 bis 30 Abgeordnete stehen. In der heutigen Vormittagsitzung des Klubs der kroatischen Abgeordneten kam es deshalb zu heftigen Szenen. Radič hat die kroatischen Abgeordneten für den 22. April zu einer Versammlung nach Ugram einberufen.

Obstruktion im Unterhaus.

Dreizehn Arbeiterabgeordnete ausgeschlossen.

London, 15. April. (Reuter.) Heute um 6 Uhr früh kam es im Unterhause zu ungewohnten Ereignissen. Das Parlament verhandelte über ein Gesetz zwecks Erzielung von Ersparnissen, wobei die Arbeiterabgeordneten, nachdem ihr Antrag auf Vertagung der Debatte abgelehnt worden war, zur lärmenden Obstruktion übergingen. Es mußte der Speaker (Präsident des Unterhauses) in das Haus berufen werden. Ueber Antrag Neville Chamberlains wurden dann 13 Arbeiterabgeordnete, unter ihnen Lansbury und Wheatley, ausgeschlossen.

Der Sachsenkonflikt.

Fraktionspaltung. — Lokalisierung des Streites.

Dresden, 15. April. (Eigenbericht.) Im sächsischen Landtag verlas der Präsident ein Schreiben des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Sachsens, worin mitgeteilt wird, daß die Vertretung der Partei nur noch von den 18 Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit ausgeübt wird und worin Neuwahlen der Ausschüsse, eigene Fraktionszimmer usw. gefordert werden. Der Präsident erklärte hierzu, daß diesen Wünschen, soweit sie nicht schon erfüllt sind, in Kürze Rechnung getragen werden wird. Darauf gab die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit eine scharfe Erklärung gegen die Minderheit ab, der sie Illusionspolitik vorwarf.

Die Mehrheit wolle aber weiter eine Politik der Mitarbeit am Staate betreiben; künftig werde sie sich als alte sozialdemokratische Partei bezeichnen. Die Fraktionsminderheit behielt sich die Abgabe einer Gegenerklärung vor. Ein kommunistischer Antrag, diese Erklärung sofort zu besprechen, wurde abgelehnt.
So bedauerlich es ist, daß der schon seit Jahren in Sachsen bestehende Konflikt so scharfe Formen angenommen hat, so sind doch schwerwiegende Folgen für die Gesamtpartei nicht zu befürchten. Die sächsischen Arbeiter sind schon längst über die Ursachen des Konfliktes unterrichtet und haben sich nicht erhöht, so ist doch auch andererseits nicht zu erwarten, daß die Bemühungen der Kommunisten und der Bürgerlichen, die Zwistigkeiten für ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke zu verwerten, nachhaltigen Eindruck machen werden.

Der Faschismus in Frankreich.

Paris, im April 1926.

Der Demokratie wird überall Fehde angelegt. Veraltet, unmodern und sich toll die Institutionen schon sein, die das politische Kampfspiel eines Jahrhunderts gewesen ist, um die noch vor wenigen Jahren in ganz Zentral- und Ost-Europa gerungen wurde und der wir so viele Fortschritte auf allen Gebieten des sozialen Lebens schulden. Der Kampf richtet sich besonders gegen das Verrentungsprinzip und seinen Apparat, das Parlament. Es hat sich herausgestellt, daß nicht nur der Sprecher des englischen Unterhauses, noch in der Periode präsidierender, sondern, daß sehr viele Parlamentarier aller Länder mehr oder minder lange Jöpfe tragen.

Das französische Parlament macht von all dem weder eine rühmliche, noch unrühmliche Ausnahme, und sein Verhalten ist auch besseren Leuten, als es die hiesigen Faschisten sind, widerwärtig geworden. Frankreich sieht vor bemerkenswerten wirtschaftlichen Umwälzungen, sein Budget kann — nach der Meinung der Besessenen — nur unter großen Opfern der arbeitenden Klasse von seinem 45 Milliarden Defizit befreit werden, die Währung ist erschüttert und droht, bei weiterem Verfall, allen Kammer einer Inflation über das Land zu bringen. Das Parlament tut, was man von einem Parlamente billigerweise verlangen kann; es diskutiert. Die Franzosen aber sind, wenn auch vielleicht keine besonders guten, doch schon zu lange Demokraten, um vor ihrer Volkvertretung allzu große Ehrfurcht zu empfinden. In solcher Stimmung erwerben den Faschisten ihre zahllosen antiparlamentarischen Ausfälle viel eher Anhänger, als ihnen der Rostium- und Exzerzientenmel verschaffen könnte, denn sie sich nach italienischem Muster ergeben haben. Die französischen Rechtsparteien haben sich die faschistischen Parolen in weitestem Maße zu eigen gemacht. Dagegen ist die organisierte Bewegung klein, aber frech und roge, und das Kalb von heute ist der Ochse von morgen. An Geld scheint es den Leuten nicht zu mangeln, sie besitzen ein Tagblatt „Le nouveau siècle“, von dem nicht anzunehmen ist, daß es sich aus eigenen Mitteln erhält, und betreibt eine großzügige Plakatpropaganda, die gewiß recht nette Summen verfrachtet. Jetzt, auf den Trümmern der Weimar, die sie den Linksparteien in Paris räumen mußten, erscheinen sie zum ersten Male in der breiten Öffentlichkeit mit ihrem Programm von Verdun, das sie sich, 4000 an der Zahl, Ende Februar gegeben haben. Gleich der erste Punkt fordert die Abschaffung des Parlamentes, der zweite die Errichtung einer nationalen Diktatur unter einem selbstgewählten Oberhaupt und Erlass des Parlamentes durch zwei Körperschaften, von denen die eine aus den sogenannten industriellen Korporationen, die andere frei gewählt ist. Weiters verlangt das Programm noch die Schaffung einer starken nationalen Industrie durch weitgehende Nationalisierung, wozu allerdings die „Verständigungsbasis“ zwischen Arbeitern und Unternehmern gefunden werden muß. In Italien ging das sehr rasch, das bezeugen die vielen zerstörten Arbeiterheime und Gewerkschaftshäuser.

Die Faschisten gebärden sich auch hier als die Hüter der Ordnung, als Retter Frankreichs aus der Mißwirtschaft des Kartells, und ihr ganzes Programm ist nichts anderes, als der Ruf nach einer Ordnung, die sie meinen, von der aber das französische Volk in seiner großen Mehrheit nichts wissen will. Sie wünschen keine politischen Auseinandersetzungen, keine Differenzen zwischen Arbeiter und Unternehmer, keinen Lohnkampf und keinen Streik, sondern Ordnung, absolute Ruhe für die Andern, damit ihre Exzesse ungehindert verlaufen. Einer von diesen hat am letzten Wahl-

Arbeitendes Volk, arbeitende Jugend in Stadt und Land!

Man plant Ungeheuerliches gegen euch. Unsere Generale und die ihnen willfährigen Parteien und Patrioten wollen, daß entgegen den Bestimmungen des Wehrgesetzes die Militärdienstzeit nicht von 18 Monaten auf 14 Monate herabgesetzt werde; sie fordern die Verbeibehaltung der jetzigen Präsenzdienstzeit. Daß ihre Forderung in schärfstem Widerspruch steht zu dem Gebot unserer Staatsmänner von Abrüstung und Sicherung des Friedens, sieht diese Kreise wenig an. In ihrer wahnwitzigen Verblendung verlangen sie im Gegenteil die Einführung einer vor-militärischen Jugendberziehung und wollen damit die gesamte Jugend dieses Staates dem direkten verderblichen Einfluß der Militaristen ausliefern. Des weiteren fordern sie die Abschaffung des Soldatenwahlrechtes. Nach den Plänen des Militärs sollen die Soldaten zu politisch unmündigen Staatsbürgern erniedrigt werden; sie sollen zwar Werkzeuge des Staates sein, aber nicht das Recht haben, über die Geschicke des Staates mitzubestimmen.

Diese Absichten der reaktionären Kreise müssen auf die Ablehnung aller menschlich Denkenden, auf den Widerstand aller Friedensfreunde stoßen.

Die deutsche und tschechische sozialdemokratische Jugend dieses Landes ruft alle Friedensfreunde, insbesondere aber die arbeitende Jugend und die Arbeiterschaft überhaupt zur Abwehr gegen die Pläne der Militaristen auf.

Sie veranstaltet Sonntag, den 18. April 1926, große

Kundgebungen gegen den Militarismus

in allen größeren Städten.

Es mögen alle kommen, die den Krieg und den Militarismus verabscheuen. Besonders aber muß die arbeitende Jugend durch eine starke Beteiligung an den Kundgebungen ihrem Friedenswillen und ihrer tiefen Empörung über den unerhörten Plan der Militärs und über ihren Folgschaft leistenden Patrioten Ausdruck geben. Nur die entschlossene Abwehr wird diesen neuerlichen Anschlag auf das arbeitende Volk und dessen Jugend zu schanden machen.

Nieder mit dem Militarismus! — Es lebe der Weltfrieden!

Es lebe die Völkerverständigung!

Sozialistischer Jugendverband für die Deutschen Gebiete der Tschechosl. Republik. Ústřední výbor mládeže československé socialistické demokratické strany dělnické.

Sonntag ein Opfer aus faschistischen Reihen gefordert. Eine Gruppe der Jeunesse patriotique wurde von Polizisten an der Ausführung ihres Vorhabens, im Ministerium des Innern die Fenster einzumwerfen, gehindert; und bei der entzündeten Kammer erhielt ein Student einen Schlag, an dem er infolge eingetretener Gehirnblutung starb. Zwei Tage später erklärte der Abgeordnete Taillinger im Parlamente, es gäbe keine Faschisten.

In Frankreich besteht die Notwendigkeit des Faschismus als Folge einer sozialen Entwicklung oder geistigen Strömung ebensowenig wie anderswo, er entspringt vielmehr aus hier einer ohnmächtigen Ueberreizung, denkfauler Unzufriedenheit und blinder Gewaltanbetung. Jeder, der — durchwegs jungen — Faschisten, dünkt sich ein kleiner Mussolini und ist ja auch wirklich ein Stück Narr, Diktator und Verbrecher. In all dem hat kein einziges Departement dieses Landes vorfaschistische Töne wie Mailand oder Turin gesehen. Eine Abwehrmaßnahme gegen den Kommunismus ist der französische Faschismus also schon gar nicht und wird als solche auch nicht notwendig werden, weil die Kommunisten doch zu geschäftig sind, um jene kindischen Komplotte anzuzetteln, die den Jüngern Mussolinis das Wasser auf die Mühle trieben.

Von allen europäischen faschistischen Bewegungen, dürfte die französische dem italienischen Vorbilde am nächsten kommen und der Widerspruch, gleichzeitig konservativ und revolutionär sein zu wollen, ist in der Republik Frankreich nicht weniger lächerlich, als im königreiche Italien. Hier liegt, um es nochmals hervorzuheben, die Gefahr viel weniger in den eigentlichen faschistischen Aktionen, als darin, daß sich die französischen Rechtsparteien schüßend vor die Bewegung stellen und, bei Aussicht auf Erfolg, auch gleich

dabei wären, tatkräftig zu helfen. Haben sich doch im letzten Wahlkampfe die Kandidaten des nationalen Blocks gegen die Verzichtung, sie seien Faschisten, kaum verwahrt. Der siegreiche Ausgang gerade dieses Kampfes beweist, wie richtig die Linksparteien die Gefahr einschätzen und nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Radikalsozialisten haben nicht gezögert, ihre Stimmen für die Kommunisten abzugeben, die diesmal den Linken Block, — nicht das Kartell —, repräsentierten. Sollte der Faschismus versuchen, von der Stänkerei zum ernstlichen Angriff überzugehen, dann wird er nicht nur auf den Widerstand des geeinten französischen Proletariats stoßen, sondern auch mit der Feindschaft weiter Kreise des Bürgertums zu rechnen haben. Im übrigen würde der Valuta-Kurs bald anzeigen, wie man in der Welt über ein faschistisches Frankreich denkt. S. F.

Belgische Faschisten

greifen Vandervelde tatsächlich an.

Brüssel, 15. April. (Eigenbericht.) Die faschistischen und nationalistischen Organisationen hielten gestern abends eine Protestversammlung gegen die Amnestierung des Attentätersführers Dr. Vornis ab. Zufällig kam nach Schluß der Versammlung der Minister des Äußern Vandervelde in der Nähe des Lokals vorbei. Von einigen Faschisten erkannt, wurde er von den abziehenden Versammlungsteilnehmern durch Beschimpfungen und Bedrohungen belästigt. Einer der Angreifer verfeuerte Vandervelde einen Stoß. Erst die herbeigerufene Polizei befreite Vandervelde von seinen Angreifern.

bezu entzückt wäre, wenn er nicht zugleich die völlige Wirkungslosigkeit auch des größten Quantums Agathergie auf die stillischen Anschauungen der Nahrungsmittelspekulanten befürchten müßte.

Auch der Minister für Schulwesen äußerte sich aus pädagogischen Gründen über die Sache sehr günstig.

Der Ministerpräsident folgte dem Verlauf der Verhandlungen mit wachsender Befürchtung: Wie immer er auch die Möglichkeiten der bevorstehenden Abstimmung konstatieren mochte, stets kam er zu einem unentschiedenen Ergebnis, denn auch die unbedeutendsten Mitglieder des Kabinetts, die gewissermaßen das Zünglein an der Waage sein sollten, mußten mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der politischen Parteizugehörigkeit aus prinzipiellen Gründen, ja sogar aus Gründen der Etikette gegeneinander stimmen. Außerdem hielt jeder an seiner Meinung mit solcher Zähigkeit fest und zeigte so wenig Bereitwilligkeit zu einem doch sicherlich wünschenswerten Kompromiß, daß ein sensationelles Abendsblatt (woher es von der Sache erfuhre, wurde nie bekannt) bereits die boreilige Notiz über eine nahe Regierungskrise brachte.

Die trüben Wolken, welche das Gemüt des Premieres umhüllten, wurden mit einem Schläge vertrieben durch das energische Auftreten des wichtigsten und am meisten respektierten Faktors im Ministerrat, ja beinahe im ganzen Staate Utopien: des Ministers für nationale Verteidigung.

General Pau d'Éggen, der zwar erst kürzlich sein Amt angetreten hatte, sich aber wegen seiner strategischen Kenntnisse, die sich bei zahllosen Wandern und militärischen Festlichkeiten erworben hatte, allgemeiner Wertschätzung erfreute, erhob sich schneidig, klappte die Karten zu-

Inland.

Der Senat einberufen.

Der Senat wurde zu einer Plenarsitzung für Mittwoch, den 21. April um 16 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen: Der Handelsvertrag mit Albanien, die zweite Lesung des Uebereinkommens betreffend die Vergütung englischer Kellamedruckarten und Immunitätsangelegenheiten der Senatoren Dr. Brunna und Rouiny. Die Beratungen einzelner Ausschüsse beginnen bereits Dienstag, wo der Gewerbeausschuß um 14, der verfassungsrechtliche Ausschuß um 14.30 und der sozialpolitische Ausschuß um 15 Uhr tagen. Am Mittwoch versammelt sich der Budgetausschuß um 10 Uhr. Eine halbe Stunde vor Beginn der Plenarsitzung findet eine Konferenz des Senatspräsidiums und der Klubobmänner statt.

Unangenehme Wahrheiten für die Koalitionsmacher.

In den „Sibove Roviny“ setzt sich Ernst Heinrich mit der Frage auseinander, ob die Demokratie in diesem Staate in Gefahr sei. Er weist einleitend darauf hin, daß die Demokratie bei uns so gesichert und so fest sei wie der Staat selbst, da sie mit ihm dieselben Wurzeln habe. Wir hätten keine Dynastie, welche, auf eine starke Partei gestützt, mit der Rückkehr drohen könnte, keinen Adel, der sich auf irgendwelche Machtmittel oder Sympathien einer Volkschichte stützen könnte, und nicht einmal ein zahlenmäßig starkes Bürgertum, welches sich den anderen Bevölkerungsschichten entgegenstellen könnte. Die einzige Partei, welche der Dynastie und dem Adel früher näher stand, seien die Merkanten; wenn aber manche von ihnen mit der Republik unzufrieden sind, so nur deshalb, weil sie die agrarischen Mitbürger bei der Bodenreform näher an der Schüssel sitzen sehen. Die kommunistische Führung wolle ohne Zweifel den Staat zerstören, aber sie wüßte ganz genau, wie wenige von den kommunistischen Wählern dem Befehl gehorchen würden, wenn ein tatsächlicher Angriff angeordnet würde. Es heißt dann weiter wörtlich:

Und der Faschismus? Der kennt den tschechischen Menschen nicht und weiß nichts von seinem Charakter und von seinem Temperament, der mit der Vorstellung eines tschechischen Faschismus spielt. Der Faschismus ist genau so wie der Bolschewismus vor allem Terror, und wer bei uns wirklich mit dem Terror beginnen wollte, der würde bei seinem nächsten Schritt niederbegegnen.

Das alles sind Seifenblasen, mit denen gewisse Parteien ihr Publikum unterhalten, damit es den schillernden Blasen nachhauere und nicht auf die schmutzigen Finger, die sie erzeugen. Aber es ist keine Seifenblase, sondern eine ständig sich verdichtende und ständig um sich greifende Tatsache, das das politische Leben bei uns Welten der Unzufriedenheit wirft und der Sehnsucht nach einer radikalen Aenderung des öffentlichen Lebens. Diese Unzufriedenheit trieb viele Ungebildete unter die Merkanten und kommunistischen Wähler, diese Unzufriedenheit zeigt sich immer offenkundiger an und hauptsächlich in allen Parteien und wächst allmählich, aber sicher zu einer Lawine, welche früher oder später durchgreifende Umwälzungen in der inneren Politik erzwingen wird. Die Koalitionsparteien und ihre Führer fuhrwerken inzwischen noch sorglos weiter in dem festen Glauben, daß der Krach der Koalition, das ist der Krach ihrer bisherigen Politik, nur ein Intermezzo sei, gerade gut dazu, um ihre eigenen Schäflein agitatorisch aufzurütteln, und daß sie in die Ministerien noch

schlechtweg zu verbieten, aber gleichzeitig damit eine eigene Steuer auf den Egoismus zu erheben, oder ungelehrt die obligatorische Altruisation zugleich mit einer neuen Abgabe für gute Handlungen einzuführen.

Auch der Justizminister sprach sich entschieden dagegen aus, denn mit dem Verschwinden des Betrüger und Verbrechertums würde die ganze Justizverwaltung überflüssig, was man sowohl im Interesse des Staates als auch des Beamtenstandes gewiß nicht wünschen würde.

Dagegen stimmte der Minister ohne Portefeuille, Marquis Farniente, dem Projekte zu, allerdings mit dem Vorbehalt, daß sein Ressort auch weiterhin unter den veränderten Verhältnissen bestehen bleibe.

Boen d'Acq, der Minister des Innern, gab folgende Erklärung ab: „Meine Herren! Der Gedanke, die Bevölkerung mit gegenseitiger Liebe zu erfüllen und sie dadurch gehorsam, zahn und unterwürfig zu machen, muß mir vom innerpolitischen Standpunkt gewiß sympathisch sein — denn welcher andere Ziele verfolgt die Polizei, als eben die einer allgemeinen Beglückung? Ich glaube indes, daß man denselben Zweck auch mit anderen Mitteln erreichen kann, die ebenso wirksam und weniger kostspielig sind, wie: Verhängung des dauernden Ausnahmezustandes, Verschärfung der Zensur, Polizeiaufsicht über die gesamte Bevölkerung, Suspension der sogenannten Staatsgrundgesetze usw. Aus diesem Grunde spreche ich mich zwar für die Abweisung des Gesuches jenes unpraktischen Professors aus, bitte aber gleichzeitig, daß mir zur Durchführung der oben angeführten Sicherheitsmaßnahmen Vollmacht erteilt werde.“

Der Leiter des Amtes für Approvisionierung der Bevölkerung sprach sich in dem Sinne aus, daß er von der Idee des Fabricius gera-

tannten, raffelte mit dem Säbel und begann mit sonorer Stimme, die eher aus Befehlen als an Debatten gewöhnt war, zu sprechen:

„Meine Herren, ich bin kein Redner, ich bin Soldat. Meine Waffen sind nicht philosophische Argumente, sondern Mitrailleusen und Tanks. Aber trotzdem begreife ich nicht, wie sich einige Kollegen für eine so horrend unsinnige Sache aussprechen konnten, wie es die Verfüllung der Menschen ist. Disziplin freilich muß sein. Gewiß. Auch ein gewisser Kameradschaftsgeist, wie man sagt, ist nach dem Dienstreglement zulässig. Aber Nächstenliebe? — Meine Herren, sind Sie wahnsinnig? Bedenken Sie doch, wohin wir kämen, wenn dieses Kleinod eines jeden geordneten Staatswesens, seine einzige und hauptsächlichste Stütze, seine ... seine ... kurz seine Armee von ihr angestreckt würde! Stellen Sie sich einen Soldaten im Felde vor, der dem Feinde von ewigem Frieden und Menschheitsverbrüderung zu schwachen aufzage, statt ihm mit dem Gewehrstoßen der Schärfe einzuschlagen! Genug, meine Herren! Ich lege gegen das Projekt mein entschiedenes Veto ein und von Ihrer ablehnenden Entscheidung mache ich auch mein weiteres Verbleiben im Kabinett abhängig.“

Die Rede wirkte. Selbst der Ministerpräsident bekannte, daß er zwar ursprünglich für das Projekt gewisse Sympathien gehegt habe, daß aber die Staatsnotwendigkeiten, die von Kollegen Pau d'Éggen so klar präzisiert worden seien entschieden dagegen sprächen.

Auch Sir Kästrigon murmelte etwas von höheren Interessen und verstummte traurig.

Sein Antrag fiel bei der Abstimmung auf der ganzen Linie durch.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Tschechischen von Richard Brandeis.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen.

Von Jiri Haukman.

Auch das Gutachten des Ackerbauministers Baron Bauer war nicht lang, er sagte bloß: „Meine Herren! Die Blüte und der Kern unseres Volkes, unser Bauer, ist so gut, so arbeitssam, so uneigennützig, daß wir zu seiner Verfüllung wahrlich nicht allerhand zweifelhafter, künstlicher Mittel bedürfen. Und deshalb wird mein Votum ablehnend lauten.“

Der Inhalt des Erlasses des Vicomte Revermore-irreparabel; des Verwalters des Staatsbüros, war etwa folgender: Entschieden könne man dem Projekt nicht beipflichten, solange dafür nicht die ausreichende Deckung gefunden sei. Ohne Geld könne man eben auch nicht einmal Sittlichkeit erzeugen. Aber selbst wenn man die nötigen Mittel aufstreifen könnte, würde der Nutzen, der dem Staate aus der allgemeinen Ehrfurchung und daher auch der Hebung der Steuermoral erwüchse, aufgewogen werden durch die wirtschaftliche Verarmung, auf welche ganz richtig der Herr Handelsminister hingewiesen habe, sowie durch die Verringern des Ertrages einiger Einnahmequellen, wie zum Beispiel der Klassenlotterie, des Tabakmonopols, der Luftfahrts- und Alkoholsteuer usw., welche infolge der stillischen Hebung der Bevölkerung unabweidbar wäre. Aus diesen Gründen stelle er sich grundsätzlich gegen den Antrag und als äußerstes Zugeständnis bezeichne er das Dilemma: Entweder die Erzeugung von Agathergie

früher zurückkehren werden, bevor die drei Monate verhehen, während der man den zurückgetretenen Ministern den vollen Gehalt zahlt. Von der Beamtenregierung fordern sie mit dem gerechten Jorn der Tribunen des armen Volkes, daß sie diesem mit einem Schlag zehnmal so viel biete, als sie ihm selbst im Laufe einiger Jahre nur zu versprechen imstande waren, und daß sie es dabei nicht wage, hierfür von irgendwoher Geld zu verlangen; sie machen mit einem Worte das einzige, was sie können und das sie — Politik nennen. Wenn das nicht recht ist, der ist ein Reaktor und schmiedet Verschönerungen gegen die Demokratie. Man spricht und schreibt von geheimen Einflüssen, welche an der Einsetzung einer Diktatur arbeiten. Davon sprechen und schreiben diejenigen, welche in der Pölsa eine Diktatur einsehen, die sich in die Diktatur über die einzelnen Zweige der öffentlichen Verwaltung teilten und sie bis zu solch skandalösen Weiterungen durchführten, daß hierfür in zivilisierten Staaten sich kein Beispiel findet. Sie hegen gegen die Regierung der Bürokraten und setzen sie in Widerspruch mit den Interessen des Volkes, sie, welche grundsätzlich führende und untergeordnete Posten in der öffentlichen Verwaltung mit ihren Agitatoren oder mit Beamten besetzen, die sich nicht scheuten, sich auf Kosten ihrer ehrenhaften Kollegen durch politische Protektion zur Karriere zu verhelfen, und die mit ihrem ministeriellen Despotismus und mit ihrer Interventionerei als Abgeordnete die ganze Staatsverwaltung demokratisierten. Sie verdächtigen ungefehliger Absichten schon jedermann, aber selbst machten sie Gesetze, welche auf dem Papier blieben und nicht durchgeführt werden dürfen, weil sie zu spät ankamen, daß sie etwas gefeßlich festlegten, was ihre unkontrollierbare Wirtschaft hinter den Kulissen und ihre Einzeluren bedrohen könnte.

Mit einer derartigen Demokratie, wie sie die Koalition repräsentierte — und zu einer anderen können sich, wie man sieht, die ehemaligen Koalitionsparteien schon nicht mehr aufschwingen, ist man unzufrieden und die Führer dieser Parteien sind blind, wenn sie nicht sehen, wie diese Unzufriedenheit auch in ihren eigenen Parteien wächst. Aber es ist dies die Unzufriedenheit mit der Lügen-demokratie und die Sehnsucht nach der wahren Demokratie und vergebens bemühen sich die Koalitionsherrschaften, diese Wahrheit zu verdecken. Die wahre Demokratie beruht auf dem wahren Willen des Volkes, aber der Koalitionendemokratismus verfuhr mit dem Willen des Volkes wie die Priester mit dem Worte Gottes. Ihm genügen nicht einmal die Gesetze des böhmerischen Oesterreich, mit denen dieses sein Regierungssystem schützte. Das Gesetz zum Schutze der Republik benötigte die Koalition, was auch die Republik nach Oesterreich an solchen Gesetzen erbt, noch dazu, um auch die einsperren lassen zu können, welche Oesterreich nicht einsperren lassen konnte. Die Korruptionsaffären der Koalition führten nicht dazu, der Korruption scharf Einhalt zu gebieten, sondern zur Verschärfung des Schutzes des Amtsgeheimnisses, damit die weiteren Korruptionsfälle nicht verraten werden könnten. Die Preßnovelle droffelte die tschechoslowakische Presse auf eine in Verfassungsstaaten einzig dastehende Art, so daß Havlíček nicht aus dem Kriminal und aus dem Zahlen von Gerichtskosten herauskäme, wenn er jetzt lebte, in der Ära der tschechoslowakischen Selbstständigkeit. Um die Freiheit des Wählers in den Grenzen zu halten, in denen sie die Koalition brauchte, war das letzte Werk der Koalition vor den Wahlen außer der Verteilung eines Haufens von Millionen an die Koalitionsparteien die Wahlreform, durch welche garantiert wurde, daß keiner Koalitionspartei auch nur eine Stimme verloren gehe, daß aber hunderttausend Nicht-Koalitionswähler auch nicht ein Mandat bekamen. So und ähnlich sind die Früchte der Demokratie der Koalitionsparteien und es ist kein Wunder, daß schon mancher eine solche Demokratie satt hat und daß sie bald jeder bis zum Hals satt haben wird, der nicht von ihr lebt und für den sie keine Futterkrippe ist. Die Demokratie ist aber keine Futterkrippe, Demokratie ist ein gemeinsames Wirtschaften, gegenseitige Verantwortung und gegenseitige Kontrolle.

Unsere Demokratie hat einen einzigen gefährlichen Gegner, der sie mit samt dem Staate vernichten könnte, und der ist — die korruptierte Demokratie. Wer uns mit anderen Feinden unserer Demokratie schreckt, ist entweder ein Feigling, der sich vor Schatten fürchtet, oder ein Betrüger, der unsere Aufmerksamkeit von seinen Manipulationen ablenken will. Mit jedem Tage mehrt sich die Zahl derer, welche sehen und sich nicht ablenken lassen von dem, was sie sehen. Auch unter den verböhrtsten Parteigängern werden ihrer von Tag zu Tag mehr. Bis sich alle, welche schon endlich sehen, aufschwingen werden, wird ein Umschwung zum Besseren eintreten. Und er wird eintreten!

Die Unzufriedenheit auch im tschechischen Lager muß wirklich schon einen ungewöhnlich hohen Grad erreicht haben, wenn sich ein tschechisches Blatt zu einer derartig vernichtenden Kritik unserer tschechoslowakischen Scheindemokratie, Marke „nationale Koalition“, aufschwingt; die verbliebenen Koalitionsglieder werden sich diese Zeilen kaum hinter den Spiegel lesen.

Tagung der Internationale in Zürich.

Einheitliche Auffassung in der Frage der Organisation des Völkerbundes. — Gegen den Faschismus. — Das Verhältnis zu den Kommunisten. — Tagung der Minoritätenkommission am 6. Juni in Dresden.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, waren die Vertreter der der Sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien am 11. und 12. April in Zürich versammelt. Eine Reihe wichtiger Beschlüsse ist das Ergebnis der Tagung.

Einen programmatischen Fortschritt stellt die bereits von uns veröffentlichte Resolution über den

Völkerbund

dar, in der die sozialdemokratischen Parteien ihre Auffassung über die Organisation des Völkerbundes auf eine gleiche Linie gebracht haben. Gegenwärtig führt die Völkerbundversammlung, in der alle Staaten vertreten sind, ein bedeutungsloses Scheinwesen, die wirkliche Führung des Völkerbundes ist in den Händen des Völkerbundesrates konzentriert. Der Rat wird aber nur zum Teil von der Völkerbundversammlung gewählt; die Großmächte — England, Frankreich, Italien, Japan — haben ständige Sitze im Völkerbundrat, bedürfen also keiner Wahl! Die Internationale verlangt nun als ersten Schritt zur Demokratisierung des Völkerbundes: 1. Erweiterung der Macht der Völkerbundversammlung gegenüber dem Völkerbundrat! 2. Abschaffung der ständigen Ratsitze! Kein Staat, auch keine Großmacht, soll im Völkerbundrat eine Vertikammer haben, nur durch Wahl der Völkerbundversammlung soll der Weg in den Rat führen! Auf diese Weise soll der Völkerbundrat aus einem Organ der Oligarchie der Großmächte zu einer Vertretung der Gesamtheit der Staaten werden.

Die Tagung der Internationale befaßte sich auch ausführlich mit den

Verhältnissen in Italien.

Sie beschloß, wie wir gleichfalls bereits berichtet haben, die Auffstellung eines Matteotti-Denkmal im Volkshaus in Brüssel und die Errichtung eines Internationalen Hilfssfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie, der den Namen Matteotti tragen soll. Zur Frage des italienischen Vertreters im Internationalen Arbeitsamt wurde eine Resolution zum Beschlusse erhoben, das Mandat des Vertreters der „italienischen faschistischen Arbeiter“, der tatsächlich durch die faschistische Regierung delegiert wird, nicht anzuerkennen.

Die Parlamentstraktionen der Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern werden aufgefordert, an ihre Regierungen die Frage zu richten, welche Haltung ihre Vertreter bei der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich des Mandats des Delegierten der „italienischen faschistischen Arbeiter“ einnehmen werden.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm auch

Die Stellung zur Kommunistischen Internationale

ein. Als auf dem letzten Parteitag der russischen kommunistischen Partei die Fraktion Stalin und Bucharin über die Richtung Sinowjew und Kamenejew obliegen, als gemäß der Entscheidung dieses Parteitages Sinowjew als Leiter des Leningrader Sowjets abgesetzt wurde, glaubte die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, daß nunmehr nicht nur Sinowjews Einfluß auf die Führung der russischen Staatsgeschäfte, sondern auch sein unheilvoller Einfluß auf die internationale Politik der Bolschewiki gebrochen sei, daß nunmehr ein neuer Kurs in der internationalen Politik der Bolschewiki und damit auch ihres Verhältnisses zu den sozialdemokratischen Parteien folgen werde. In dieser Hoffnung hat damals die Independent Labour Party den Antrag gestellt, die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale solle die kommunistische Internationale zu einer gemeinsamen Konferenz einladen, die zu prüfen hätte, ob und unter welchen Voraussetzungen die Vereinigung der beiden Internationalen möglich wäre. Aber ehe noch die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Beratung dieses Antrages zusammentrat, hat sich schon gezeigt, daß die Annahme, die die Independent Labour Party zu ihrem Antrag bewogen hatte, unrichtig war. Die Bolschewiki haben Sinowjew zwar von der Leitung des Leningrader Sowjets entfernt, aber in der kommunistischen Internationale lassen sie ihn weiterregieren. Sinowjew hat — in der Exekutivsitung der kommunistischen Internationale — auf den Vorschlag der Independent Labour Party mit den Worten geantwortet: „Nein, nein, und tausendmal nein!“, die Exekutive der kommunistischen Internationale hat dem zugestimmt, die russische kommunistische Presse hat den Vorschlag der Independent Labour Party mit Spott und Hohn abgelehnt. So blieb denn der in Zürich tagenden Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nichts anderes übrig, als festzustellen, daß die Voraussetzungen für den von der Independent Labour Party vorgeschlagenen Schritt in Moskau leider noch nicht gegeben sind. So wurde der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.), „daß sich die S. A. I. an die kommunistische Internationale in der Frage der Bil-

dung einer allumfassenden Internationale wenden möge“, nach einer eingehenden Diskussion mit 247 gegen 3 Stimmen (I. L. P. und U. S. P. Polens) abgelehnt.

Der Exekutive der S. A. I. lag außer dem begründeten Vorschlag der I. L. P. und der abschließenden Antwort der Labour Party, die schon veröffentlicht wurden, ein ausführliches Memorandum des Sekretariats der S. A. I. vor. Die Exekutive beschloß, auch dieses Memorandum der Öffentlichkeit zu übergeben. In demselben heißt es:

Täglich neu tritt erschütternd in Erscheinung, welche ungeheure Menge von Energie die Arbeiterorganisationen im gegenseitigen Kampfe verwalten, anstatt sie gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus und Imperialismus, zu verwenden. Es ist selbstverständlich, daß jeder, dem die Kampffähigkeit des Proletariats Herzenssache ist, nicht nur vom Wunsch und Willen zur Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung erfüllt ist, sondern auch immer wieder auf das ernsteste die Möglichkeiten nachprüfen wird, die die ständig wechselnde historische Situation für die Verwirklichung dieser wichtigsten Aufgabe bietet.

Diesen Willen zur Einheit hat der Gründungskongreß der S. A. I. in Hamburg besonders feierlich bekräftigt, indem er seine Statuten in einem besonderen Aufruf zur Einheit ausstatten ließ.

Diesem Willen zur Einheit entspringt auch der Vorschlag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.), es „möge die Exekutive der Dritten Internationale eine gemeinsame Konferenz vorschlagen, mit der Aufgabe, die Möglichkeiten der Bildung einer allumfassenden Internationale klarzustellen“.

Der Vorschlag der I. L. P. ist von der erweiterten Exekutive der kommunistischen Internationale rundweg abgelehnt worden und damit hatte die Exekutive der S. A. I. eigentlich nur zu konstatieren, daß sich der von der I. L. P. vorgeschlagene Weg praktisch als völlig aussichtslos erwiesen hat.

Wir sind mit der I. L. P. einer Meinung, daß die Entwicklung der Gegensätze in der russischen kommunistischen Partei und in der kommunistischen Internationale von der höchsten Bedeutung ist und genauester Beobachtung bedarf. Aber die Schlussfolgerung der I. L. P., daß sich aus diesen Gegensätzen schon heute irgendwelche praktische Folgerungen für eine Annäherung der kommunistischen und Sozialistischen Internationale ergeben könnten, ist durch die Tatsachen in keiner Weise gerechtfertigt.

Wir sind überzeugt, daß der tatsächliche Gang der Entwicklung, die der kommunistischen Internationale folgenden Arbeiter immer mehr zur Erkenntnis führen wird, daß die Beendigung des die Kräfte der Arbeiterklasse zersplitternden Kampfes, den die kommunistische Internationale gegen die Arbeiterparteien und Gewerkschaften aller Länder führt, ein Lebensinteresse der gesamten Arbeiterbewegung ist.

Wir sind überzeugt, daß auch in Rußland der Tag kommen wird, wo der Wahnsinn des Systems, daß eine einzige Partei das ausschließliche Monopol auf politische Betätigung in Händen hält und mit diktatorischen Mitteln sozialistische Parteien unterdrückt, ein Ende finden wird.

Erst wenn sich sozialistische Parteien auf Grund des freien Bekenntnisses der Ueberzeugung der klassenbewußten Arbeiter legal, ohne Terrorakten ausgeübt zu sein, in der Sowjetunion politisch betätigen können, erst dann wird der Moment gekommen sein, wo die Diskussion der Probleme der großen Gegensätze der Prinzipien und der Taktik des Proletariats mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg begonnen werden kann.

Die sicherste Bürgschaft aber, daß dem entscheidenden Kräfteverbrauch der Arbeiterklasse, der in den Spaltungen begründet ist, Einhalt getan wird, liegt in dem stetigen und unbeeinträchtigten Fortschritt des Aufbaues der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Je kräftiger sie wird, umso näher ist der Tag, wo das Weltproletariat wieder vereinigt sein wird, in einer allumfassenden Internationale.

Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete der

Weltwanderungskongreß.

der von der S. A. I. und dem Internationalen Gewerkschaftsbund gemeinsam einberufen wurde und in London vom 18. bis 21. Mai tagen wird. Außer den der Internationale angeschlossenen Parteien werden auch die Arbeiterparteien von Australien, Brasilien und der Schweiz zu diesem Kongreß eingeladen. Als offizielle Vertreter der Exekutive an diesem Kongreß wurden der Präsident Henderson und der Sekretär Adler bestimmt.

Zur Behandlung kam ferner eine Reihe finanzieller und

organisatorischer Fragen

unter ihnen die Frage der internationalen sozialistischen Frauenorganisation, des großen internationalen sozialistischen Jugendtages, der zu Pfingsten in Amsterdam abgehalten werden wird, sowie die Organisation des sozialistischen Nachrichtenendienstes. Es wurde beschloffen,

zur Behandlung dieser Frage eine Konferenz der technisch fachverständigen Vertreter in Berlin abzuhalten.

Tagung der Minoritätenkommission.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat die Streitfragen zwischen den sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakischen Republik der ständigen Minoritätenkommission zur Vorbereitung zugewiesen.

Die Minoritätenkommission hat am 13. April in Zürich eine Sitzung abgehalten. Sie hat beschloffen, von den sozialistischen Parteien der Tschechoslowakischen Republik bestimmte Vorschläge und Materialien einzuholen und nach dem Einlangen dieser Materialien und Vorschläge am 6. Juni zu Dresden zu einer Sitzung zusammenzutreten, um in die meritorischen Verhandlungen über die strittigen Fragen einzugehen.

Tagesneuigkeiten.

Der erste Mai in der Familie.

Zimmer mehr ringt sich die Erkenntnis durch, wie wichtig die gefühlsmäßige Beeinflussung des Kindes ist, welche hohe erzieherische Bedeutung daher schon den Kindgemäßen Festen zukommt. Das gilt im allgemeinen, gilt aber ganz besonders für das große und schöne proletarische Fest, das wir in wenigen Wochen feiern werden — für den ersten Mai!

Sorgen wir dafür, daß dieser Tag unseren Arbeiterkindern auch wirklich zu einem schönen und weisevollen Erlebnis werde! Nicht nur durch die eigentliche Maifeier, sondern vor allem auch im Elternhause.

Es ist leider noch immer so, daß der „heilige Abend“ schon Wochen vorher das Denken und Fühlen unserer Kinder beherrscht, der erste Mai dagegen nur allzu oft bloß als schulfreier Tag gewertet wird. Das muß anders werden! Es ist die Pflicht jedes klassenbewußten Proletariats, den größten Feiertag seiner Klasse auch in der Familie zu einem Tag wahrer Freude zu gestalten; es ist die Pflicht aller Arbeitereltern, mit ihren Kindern über den Weltfeiertag des Proletariats zu sprechen, ihnen die Bedeutung dieses Tages klarzulegen.

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß unsere Arbeiterkinder von der Leidens- und Kampfgeschichte ihrer Klasse zumeist beschamend wenig wissen. In der Schule wird davon aus begründlichen Gründen nicht gesprochen. Der kapitalistische Staat hat kein Interesse daran, daß die heranwachsenden Proletarierkinder vom Klassenkampf und seinen Zielen hören. Die Eltern wieder sind mit Arbeit überhäuft, sind kaum imstande, die leiblichen Bedürfnisse der Kinder zu befriedigen; kommen daher nur selten dazu, sich um ihr geistiges Glend zu kümmern. Umso notwendiger ist es, daß eine Gelegenheit, wie sie die Wochen vor dem ersten Mai bieten, nicht ungenutzt vorübergehe.

Schon jetzt sollen die Eltern die Aufmerksamkeit der Kinder auf den bevorstehenden Feiertag lenken. Sollen ihnen der Vater erzählen von jenem unvergeßlichen ersten Mai, da zum erstenmal die Reihen der Arbeiter, in stolzem Selbstbewußtsein aufmarschierten und dem wütenden Bürgertum ihre Forderungen entgegenhielten! Sollen die Mütter mit ihnen sprechen von den Schwierigkeiten und Gefahren früherer Jahre, wo die Mächtigen der Erde die Maifeier in Blut und Hunger erstickten wollten. Entlassungen, Aussperrungen, Kampf mit Polizei und Militär, aber trotz alledem jedes Jahr ein paar Tapferer mehr auf der Straße, ein paar Räder weniger im Gang! Wie würden die Augen der Kinder leuchten, wenn der Vater von den Kämpfen erzählte, an denen er teilgenommen; wie würden sie zur Mutter aufblicken, wenn sie wüßten, daß auch sie standhaft gelitten für die Sache der Arbeiterklasse! Arbeitereltern, erzählt Euren Kindern vom ersten Mai!

Und spricht mit ihnen über die Vorbereitung und würdige Feier des Tages! Aber den Weg, den der Amzug nehmen wird; über die Lieder, die gesungen werden sollen; über das Kinderfest am Nachmittag. Laßt die Kinder mithelfen, wenn Ihr am Vorabend des Feiertages die Feinsten Eurer Wohnung schmückt mit grünem Reisig und roten Kissen. Sorgt überhaupt dafür, daß an diesem proletarischen „Heiligen Abend“ wirkliche Festesfreude herrscht bei Euch und den Kleinen! Vater, Mutter und Kinder traulich vereint; keine Geschenke wie zur Weihnachtszeit; Feiertagsstimmung bei jung und alt. Der erste Mai soll nicht nur nach außen die Solidarität der Arbeiterklasse bekunden, er soll Glück und Freude bringen in jede einzelne Arbeiterfamilie, er soll vor allem für unsere Buben und Mädchen werden: der schönste und heiligste Tag des gesamten Jahres!

„Wir Inten vor dem Marmozn“!

Das seltene Eingeständnis eines bürgerlichen Blattes.

In einem Kartreitagartikel entwickelte die weinblütigste Vertreterin des schweizerischen Kapitalismus, die „Neue Züricher Zeitung“, folgende Gedanken:

„Dieser Gassen (an dem Christus hing), verjünnbildlich die schwerste Auflage, das tiefste

Rüftet zu einer würdigen u. machtvollen Maifeier!

Gerecht, das je über die Menschheit ergangen ist. Sie ertrug es nicht, daß da einer lebte, der durch keine Sünde von Gott getrennt war, der ganz rein, ganz sonnig, ganz liebevoll und hilfreich, ganz frei von den Ketten der Geldgier, der Sinnlichkeit, des Macht Hungers und der Gewaltanwendung war, in denen sie gebunden einhergeht. Sie schlug ihn ans Kreuz — nicht ob schon, sondern weil er göttlicher Art und Herrlichkeit war. Das selbe hätten auch wir damals getan, das selbe tun wir heute noch tausendmal des Jahres. Wir knien vor dem Rammon, wir beugen unsern Rücken vor dem Erfolg, wir frönen dem niederen und erniedrigenden Genuß, wir schließen die feigsten Kompromisse mit dem, der die Macht hat, wir schweigen, wo wir rufen sollten, wir reden, schwagen und schreien, wo Schweigen das einzige Gebot des Rates wäre, wir hängen unsere Seele an ein Säcklein voll Silber und Gold, wir bestücken uns mit Gewaltanwendung und Ausbeutung des Schwächeren — und darum ertragen wir es nicht, wenn uns einer in den Weg kommt, der wirklich anders, wirklich besser ist als wir. Darum schlagen wir ihn an ein irgendwie beschaffenes Kreuz und bestände es nur darin, daß wir ihn mundtot machen. Aber jedesmal, da wir es tun, wiederholt sich, wenn auch schattenhaft abgeschwächt, so doch mit aller ewig grundsätzlichen Wucht und Wahrheit, die Tragödie von Golgatha. Und wir sind es, die die Hände des Heiligen ans Kreuz heften.“

Wo ist bei uns das Bürgerblatt zu finden, das jemals sich zu einem solchen offenen Bekenntnis der Schuld aufschwingen könnte? Damit aber durchaus nicht gesagt werden soll, daß die Ausgebüteten und Bergewaltigten von dieser Karfreitagsbeichte auch nur das Mindeste hätten. Sie gehen ja auch nur beichten, um weiter zu sündigen. Aber schließlich haben doch auch Bekenntnisse ihren Wert, zumindest doch den, daß sie den anderen neuerlich zeigen, wie richtig der von ihnen eingeschlagene Weg ist.

Die elegante Frau trägt nur bunte Fingerringe. Wie jene Pflanze, die keine anderen Sorgen hat, berichtet, ist es die neueste Errungenschaft der Pariser Mode, sich die Fingerringe harmonisch und stilgemäß nach Kleid und Strumpf einzufärben. „So erschienen kürzlich“, heißt es darüber im „Berliner Tageblatt“, „einige Pariser Damen der ersten Kreise mit Fingerringen, die in allen Farben des Sonnenspektrums glänzten. Alles staunte und war außer sich vor Begeisterung“. — Das ist halt doch noch eine Gesellschaft, die sich für Schönes begeistern kann, die in der Not des Daseins doch nicht an die höchsten Erfordernisse der Keuschheit und der Körperpflege vergißt! Allerdings kostet auch solche Mitbeteiligung am kulturellen Fortschritt Zeit und Geld. Beides ersparen sich natürlich wieder nur die glücklicheren Proletarierinnen, deren Hände gewöhnlich so abgearbeitet sind, daß sich die Nagelpflege erübrigt. Vom Roboter und Wäsche waschen sind ihre Fingerringe so sehr in Anspruch genommen, daß die Ringe gar nicht zum Waschen kommen. Also brauchen sie nicht gefärbt werden. Natürlich fällt dann auch die „Begeisterung“ weg.

Besteuerung des Kartenspiels. Die Regierung hat generell die Einhebung der Gemeindeabgabe von Kartenspiel, Domino, Billard bis zum Ende des Jahres 1928 bewilligt. Die Einhebung der Abgabe ist aber an die Bewilligung der Gemeindevorteilung und an die Begründung der Gemeinde, daß sie die Abgabe braucht, gebunden. Die Abgabe von Kartenspiel darf 2 K für Person und Spiel in der Dauer von sechs Stunden, bei den übrigen Spielen 50 Heller für jede Person und drei Stunden betragen. Diese Beträge gelten als Maximalsätze und die einzelnen Gemeinden können sie nach ihrem Bedarfe innerhalb der Höchstgrenze regulieren.

Arbeitslosendemonstration in Warschau. Dienstag kam es in Warschau erneut zu einer großen Arbeitslosendemonstration. Die Arbeitslosen versammelten sich zuerst vor dem Gebäude des Arbeitslosenvermittlungsamtes, von dort zogen die Massen nach dem Tombrowski-Platz, wo sich das Arbeitsministerium sowie das Ministerium für soziale Fürsorge befinden. Die sofort alarmierte Polizei umstellte die Ministerien, um die vordringenden Arbeitslosen zurückzuhalten. Es kam dabei zu blutigen Zusammenstößen. Zahlreiche Personen wurden verwundet, darunter auch vier Polizisten, die Verletzungen von Steinwürfen und Stockhieben aufwiesen. Bei der Sprengung der Demonstration wurden von der Polizei 70 Personen verhaftet. Die Verhafteten wurden mit Lastautos nach der politischen Polizei gebracht, da man die Verhafteten des Kommunismus verdächtigt. Nach Kalisz, Lodz, Mlowlawel, Strzyz und Lublin ist nun Warschau der Ort ähnlich ausgezogener Zwischenfälle geworden. Überall sind Opfer zu beklagen und die Behörden beruhigen die Öffentlichkeit damit, daß es sich um „kommunistische“ Provokationen handelt. Die Regierung will nicht oder ist unfähig, den Dingen vorzubeugen. Bei näherer Untersuchung der Einzelvorgänge hat es sich ergeben, daß die Verfolgung der Arbeitslosen unzulänglich ist, daß die Behörden bei Organisierung der Notstandsarbeiten versagen, daß

Der Mörder von Rodendorf verhaftet. Ein eingerückter Knecht, der vor Jahren bei Döllner bedienstet war.

Eger, 15. April. Der Massenmörder, der kürzlich in Rodendorf eine ganze Bauernfamilie ermordet hat, wurde gestern durch die Aussagen des überlebenden siebenjährigen Kaspar Döllner eruiert. Der Knabe sagte aus, daß der Täter aus gesehen habe wie ein Knecht, der vor Jahren bei seinem Vater gedient habe. Die Behörden konnten diese Spur verfolgen und stellten fest, daß es sich um den 23jährigen Franz Sandner aus Schönbach bei Eger handle, der augenblicklich in Eperjes eingerückt ist. Sandner war um die fragliche Zeit in Schönbach auf Osterurlaub und hatte sich in der Mordnacht, ohne jemanden zu verabschieden, entfernt. Es konnte festgestellt werden, daß er sich Freitag die Gasse, mit der der Mord

verübt wurde, von einem Bekannten in Schönbach, bei dem er übernachtete, ausgeborgt hat. Seine Eltern duldeten ihn wegen seines liebevollen Lebenswandels zu Hause nicht. Nach dem Mord war er mittels Marschroute vom Königsberger Bahnhof weggefahren. Eine Wädersfrau, bei der er Semmeln einkaufte, hatte bei ihm eine größere Zahl von Hundertkronennoten bemerkt. Sandner wurde auf telegraphisches Ersuchen gestern abends in Eperjes verhaftet. Auf seinem Mantel und seiner Unterhose wurden zahlreiche Blutflecke entdeckt; außerdem wurde eine Pistole mit 13 Patronen, ein Boxer und 700 K vorgefunden.

oft infolge Nachlässigkeit der Arbeitsämter die Gelder zur Auszahlung der Arbeitslosen ausbleiben. Unser Lodzer Parteiblatt bemerkt dazu: „Die Massen lesen von Frühstücken, die anlässlich von auswärtigen Besuchern gegeben werden, von „patriotischen“ Zwecken werden Unsummen verschwendet und dem Arbeitsministerium versagt man die Gelder zu öffentlichen Arbeiten.“

Ein ungewöhnliches Ausschreiben. Die griechische Regierung fordert zu öffentlichen Angeboten für die Hebung der in 1827 untergegangenen türkischen Flotte bei Navarino auf. Die „jandige Pflanze“, im südwestlichen Griechenland, hat ein kampfuntobtes Schicksal hinter sich. Die Türken hatten den Griechen 1500 Navarino genommen, 1686 setzten sich die Venetianer dort fest, 1718 holten es die Türken wieder, denen 1821 die Griechen folgten, um es schon vier Jahre später wieder an die Türken zu verlieren, bis am 20. Oktober 1827 eine vereinigte englisch-französisch-russische Flotte unter dem Admiral Garrington die griechisch-ägyptische Flotte vernichtete. In der Bay von Navarino gingen damals wohl 30 türkische Schiffe unter oder flogen in die Luft, meist von den Türken selbst vernichtet. Die griechische Regierung glaubt nun, daß die Überreste der untergegangenen Navarino-Flotte der Türken von großem historischen Wert seien, aber wahrscheinlich ist schon, daß der angegebene Lebensgrund, die Hoffnung auf große Gold- und Silbergrube den Hauptantrieb bildet. Das ungewöhnliche Ausschreiben wird denjenigen bevorzugen, der der Athener Regierung den höchsten Anteil am Gewinn bietet, während historische Wertstücke im Verhältnis zu den Hebungskosten angekauft werden sollen. Der Vertragskontrahent hat 500.000 Drachmen zur Sicherung der Vertragsumsetzung zu hinterlegen. Die Konzession wird für 15 Jahre erteilt.

Ein Vierjähriger erschießt eine Sechsjährige. Dieser Tage nahm der vierjährige Sohn des Rentmeisters Chalupnik in Morawec bei Strozal das Jagdgewehr seines Vaters und eine Patrone aus dem Kasten. Das Kind ging dann auf den Hof, legte die Patrone auf den Boden, öffnete den Verschluss, lud das Gewehr und drückte den Hahn ab. Der Schuß ging los, die Kugel traf die einige Schritte entfernte sechsjährige Tochter des Arbeiters Dolzal, die auf dem Hofe spielte. Als die Mutter des kleinen Chalupnik, durch die Detonation alarmiert, auf den Hof lief, lag das Kind bereits im Sterben. Die Kugel hatte die Lunge, die Leber und das Herz durchbohrt. Die Untersuchung gegen die Eltern des kleinen Chalupnik wurde eingeleitet.

Die Einziehung der Fünfstücknoten. In der nächsten Zeit schon dürfte die Aunomadung des Finanzministeriums erscheinen, durch die die 5 K-Banknoten aus dem Verkehr gezogen und durch Metallgeld zu 5 K ersetzt werden. Was die übrigen Staatsnoten anbelangt, so wird ihr Ersatz durch Banknoten, die den Namen der tschechoslowakischen Nationalbank tragen werden, nach und nach erfolgen. Zunächst werden die am meisten abnutzbaren 10 und 20 K-Noten ersetzt werden. Eine Aenderung des Nennwertes wird die Nationalbank natürlich nicht vornehmen.

Das Einsammeln von Maifäsern. Die politische Landesverwaltung für Böhmen erläßt eine Kundmachung, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß durch das Gesetz vom 2. Juli 1924 über den Schutz der Pflanzenproduktion das Gesetz vom 30. April 1870 über den Schutz der Landwirtschaft gegen schädliche Insekten aufgehoben wird. Es entfällt daher auch insbesondere der § 9 des letzteren Gesetzes, der Vorschriften über die Entlohnung des Einsammelns der Maifäser und Engerlinge enthält. Die Landesverwaltung gibt bekannt, daß von heuer an der Landesverwaltungsaußschuß den Gemeinden nicht mehr die Hälfte der Entschädigungen für das Einsammeln der Maifäser und Engerlinge ersetzen wird. Dadurch wird jedoch den Gemeinden nicht verweigert, freiwillig und aus eigenen Mitteln ähnliche Prämien wie bisher festzusetzen und auszuführen.

Die Bevölkerungsbewegung im vierten Quartal 1925. Nach einem Bericht des Statistischen Staatsamtes betrug die Zahl der im vierten Quartal des

Jahres 1925 lebend geborenen Kinder 83.689 (d. s. jährlich 23.33 auf 1000 Einwohner), die Zahl der totgeborenen Kinder 2005 (0.56 pro mille) und die Zahl der Sterbefälle 51.983 (14.49 pro mille). Aus dieser Statistik ergibt sich ein natürlicher Bevölkerungszuwachs von 31.706 Personen. Im Vergleich mit der gleichen Zeitspanne des Vorjahres ist der Zuwachs um 2667 Seelen größer.

Obligatorische Versicherung der Fluggäste. Wie der Berliner „Total-Anzeiger“ mitteilt, ist nach den neuen Beförderungsbedingungen für den Luftverkehr das bisher übliche Verfahren der Versicherung eines Fluggastes unmittelbar vor Antritt einer Luftreise nicht mehr erforderlich. Die Versicherung erfolgt jetzt automatisch, indem jeder Fluggast beim Zeitgarter Versicherungsverein mit 25.000 Mark für den Todesfall, mit ebensowiel für den Fall der Invalidität und mit 25 Mark Tagesentschädigung bei vorübergehender Invalidität versichert ist.

Zwei Kinder verbrannt. In der Goldschlaggasse in Wien ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. Die von ihrem Mann geschiedene Eisenbahnergattin Leopoldine Zimmerl hatte früh das Haus verlassen und ihre beiden Kinder, einen dreijährigen Knaben und ein drei Monate altes Mädchen, in die Wohnung eingeschlossen. Um Mittag bemerkten Nachbarn dichten Rauch aus der Wohnung dringen. Die Feuerwehr erbrach die versperrte Tür und man fand im Bett den Knaben und daneben in einem Korbe das Mädchen, beide tot vor.

Mussolinis kaiserliche Baugelüste. In Rom wurde das angekündigte Bauprogramm veröffentlicht, mit dessen Ausführung am 21. April begonnen werden soll. Vorgesehen sind 60 Millionen für den Bau von Volkswohnhäusern und 90 Millionen für die Umgestaltung des Stadtplanes, wie die Erweiterung des Forum Romanum, den Ausbau der Universität und eine moderne Galerie mit Künstlerquartieren, die Freilegung des Marcellus-Theaters, des Forum Sessorium, ferner die Ausgrabung des Circus Maximus und Arbeiten an der Via Appia Antiqua.

Eine aufregende Jagd. Als in London der Musiker Sidney Jerome kürzlich um Mitternacht herum aus seinem Klub nach Hause fahren wollte, war er nicht wenig überrascht, das Verschwinden seines Autos feststellen zu müssen. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als sich mit philo-sophischer Ruhe in sein Schicksal zu ergeben und auf dem nächsten Polizeirevier Anzeige gegen den unbekanntem Dieb zu erstatten. Wie er aber in stoischer Gelassenheit in einem Autoombibus heimfuhr, erlebte er plötzlich eine neue Ueberraschung: Neben dem Omnibus sah er auf einmal seinen eigenen Wagen fahren, in dem sich drei Männer komfortabel eingerichtet hatten. Wie der Blick war unter Jerome von dem „Bus“ herunter, schnappte sich an der nächsten Straßenecke einen Polizisten und befand sich mit diesem bereits wenige Sekunden später in einem Mietauto auf der Verfolgung der Automarder. Unterwegs alarmierte der Beamte noch mehrere Polizeiposten, und so konnte der „Kientopp“ losgehen. Das gestohlene Auto raste mit höchster Geschwindigkeit auf die London Bridge zu, als es plötzlich abstoppen mußte, da die Durchfahrt durch zwei schwere Omnibusse versperrt war, hinter denen mehrere wohlverschleierte Polizeibeamte die Diebe erwarteten. Zwei der Banditen sahen ein, daß Widerstand vergeblich sei, und ließen sich festnehmen. Anders der dritte; es gelang ihm, den Beamten zu entweichen, und schon glaubte er sich am Ende der Brücke in Sicherheit, als er sich einer neuen Polizeileite gegenüber sah. Aber der Flüchtling verlor den Mut nicht; vor ihm Polizei, hinter ihm Polizei, also blieb nur noch der Weg nach rechts oder links. Und schon war er mit einem tiefen Satz oben auf der Brüstung; ein Kopfsprung, und die Plutonen der Themse schlossen sich über dem lähnen Schwimmer. Bisher ist es der Polizei nicht gelungen, seine Spur aufzufinden.

Wenn man Fastenhirtenbriefe ernst nimmt. Der Bischof von Regensburg ist ein gar frommer Herr. Zwar etwas altmodisch, so wenn er von der Kanzel herab salbungsvoll verkündet: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben!“, ansonsten aber eine recht menschenfreundliche Seele. So sollte man wenigstens meinen, wenn man in seinem jüngsten Fastenhirtenbrief die Stelle liest: „Wo immer ein Friedenswort fällt, ist ein Engel dabei“. Nun, es sollte bald die Probe darauf gemacht werden. Eine hohe Persönlichkeit kam nach Regensburg, ein ehemaliger Prinz und gelehrter Theologe dazu, Prof. Max Herzog zu Sachsen, des lieben „Oenigs“ von Sachsen eigener Bruder. Bischofsbruder, was willst du noch mehr? Aber des Bischofs Herzog ward gar nicht erbaut von dem Besuch des hohen Herrn. Denn der Herzog Max nahm den Fastenhirtenbrief des Regensburger Bischofs wirklich ernst und hielt in der Deutschen Friedensgesellschaft, Sektion Regensburg, eine fulminante Rede wider den Kriegsgott aller Art, ja er schonte dabei auch Bajuvariens rauflustige Jugend nicht. Es war eine passifistische Rundgebung von Würde, Mut und Charakter. Das aber war zuviel für unseren Bischof. Er verweigerte dem passifistischen Priester die Gastfreundschaft, gewährte ihm nicht einmal ein Nachtquartier in seiner Bischofsbehauung und verbot allen katholischen Geistlichen des Bistums, mit dem Herzog Max irgendwie in Verbindung zu treten. Kurz, der Herzog war für Regensburg ein geachteter Mann. Und doch war seine Friedensversammlung massenhaft besucht. Denn „wo immer ein Friedenswort fällt“, ist zwar kein „Engel“ dabei und noch weniger ein römisch-katholischer Bischof, aber die „Knechte bleiben sollen“, die Proletarier, „Ketter“ und Sozialdemokraten, als Vollstrecker eines Bischofswortes und als Zuhörer eines warmführenden prinzipialen Theologen, „Knechte“, mit denen ein Königsbruder zusammengeht, wahrhaftig, die Welt des Regensburger Bischofs steht auf keinen Fall mehr lang!

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen Samstag

Prag, 16.30. Nachmittagskonzert, 18 Deutsche Sendung Viktor Emil Suder: Behagliche Geschichten für jung und alt, 20.02 Opernabend — Brünn 19.30. Konzert, 20.45. Liederkreis, 21.30. Konzert des russischen Balalaika-Orchesters — London: 21.30. Bunter Abend — Paris 18.30, 17.45, 21.30. Konzerte — Berlin: 16.30. Nachmittagskonzert, 20.30. Matell-Salzer Abend — Leipzig: 16 — 16.45 und 17 — 17.30. Nachmittagskonzert — Breslau: 16.30. Unterhaltungskonzert, 21.30. Johann Strauß Walzerabend. — München 16.30. Haydn-Stunde, Unterhaltungskonzert, 20.35. Konzert, — Frankfurt: 15.30. Die Stunde der Jugend, 20.15. Zeitgenössische Kammermusik, 21.15. Operettenaufführung „Die lustige Witwe“ — Wien: 18. Anstalt Grün — Feiler — Zürich: 15.30. Konzert, 16, 18.15. Konzerte.

Herr. Zwar etwas altmodisch, so wenn er von der Kanzel herab salbungsvoll verkündet: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben!“, ansonsten aber eine recht menschenfreundliche Seele. So sollte man wenigstens meinen, wenn man in seinem jüngsten Fastenhirtenbrief die Stelle liest: „Wo immer ein Friedenswort fällt, ist ein Engel dabei“. Nun, es sollte bald die Probe darauf gemacht werden. Eine hohe Persönlichkeit kam nach Regensburg, ein ehemaliger Prinz und gelehrter Theologe dazu, Prof. Max Herzog zu Sachsen, des lieben „Oenigs“ von Sachsen eigener Bruder. Bischofsbruder, was willst du noch mehr? Aber des Bischofs Herzog ward gar nicht erbaut von dem Besuch des hohen Herrn. Denn der Herzog Max nahm den Fastenhirtenbrief des Regensburger Bischofs wirklich ernst und hielt in der Deutschen Friedensgesellschaft, Sektion Regensburg, eine fulminante Rede wider den Kriegsgott aller Art, ja er schonte dabei auch Bajuvariens rauflustige Jugend nicht. Es war eine passifistische Rundgebung von Würde, Mut und Charakter. Das aber war zuviel für unseren Bischof. Er verweigerte dem passifistischen Priester die Gastfreundschaft, gewährte ihm nicht einmal ein Nachtquartier in seiner Bischofsbehauung und verbot allen katholischen Geistlichen des Bistums, mit dem Herzog Max irgendwie in Verbindung zu treten. Kurz, der Herzog war für Regensburg ein geachteter Mann. Und doch war seine Friedensversammlung massenhaft besucht. Denn „wo immer ein Friedenswort fällt“, ist zwar kein „Engel“ dabei und noch weniger ein römisch-katholischer Bischof, aber die „Knechte bleiben sollen“, die Proletarier, „Ketter“ und Sozialdemokraten, als Vollstrecker eines Bischofswortes und als Zuhörer eines warmführenden prinzipialen Theologen, „Knechte“, mit denen ein Königsbruder zusammengeht, wahrhaftig, die Welt des Regensburger Bischofs steht auf keinen Fall mehr lang!

Welch ein Malheur, Milliarden zu sein! Der reichste Industrielle Deutschlands, August Thyssen, ist, wie wir gemeldet haben, vor einigen Tagen im höchsten Greifenalter, nach einem Leben voll finanzieller Erfolge, gestorben. Jetzt ist kein Testament eröffnet worden, worin sich nun auch diese Worte finden:

Was Kapitalist und Werkbesitzer von ihrem zum wenigem vermehrten Eigentum persönlich haben, ist wirklich wenig, nicht einmal ein sorgenfreies Alter. Ich glaube, ohne mich dabei zu überheben, daß von meiner Lebensarbeit die Allgemeinheit mehr Vorteile gezogen hat als ich selbst. Was ich geschafft und erarbeitet habe, bleibt schließlich doch nur der Allgemeinheit. Denn ins andre Leben mit hinübernehmen kann ich nichts davon.

Das ist das Gemeine an der Sache. Dem Zukunftsamen hat man all seine reichen Gold- und Juwelenstücke in die geräumige Grablamme mitgegeben, während man heutzutage einen ganz gemutlos im Krematorium zu einem Häuflein Asche verbrennt. So ein Krösus des zwanzigsten Jahrhunderts ist wirklich zu bebauern. Wenn er vor die Majestät des Todes tritt, kann er ihr nicht einmal Spindelsbeiträge und Gratifikationen anbieten und muß sich in Reih und Glied stellen, zusammen mit einem schabigen Proleten, der's doch zu Lebzeiten wahrlich besser gehabt hat als der unglückliche Multimillionär. Braucht ein Prolet, der an Entbehrungen, Not, Arbeitslosigkeit, Hunger früh dahinkommt und über eine Lebensdauer von fünfzig Jahren nicht sehr häufig hinauskommt, noch zu fürchten, daß er kein „sorgenfreies Alter“ haben wird? Er hat's gut, er stirbt halt früher und erspart sich alle Sorgen. Und wenn er schon ausnahmsweise sechzig und sechzig Jahre alt wird, da hat er doch erst recht ausgesorgt, da kommt er ja ins Armenasyl. Ach, wenn nur einer dieser sorgengerähten Industrieller einmal tauschen wollte und es so für ein paar Tage probierte, „Allgemeinheit“ zu sein! Da würde ihm sehr bald das Wort Nestroys zum Erlebnis werden: „Mir könnt' einer a Million hinlegen und sagen, ich soll arm sein dafür, ich nimm's nicht“ — er behielte lieber die eigene Milliarde!

Das schönste deutsche Schiff, der Dampfer „Hamburg“ der Hamburg-Amerika-Linie ist aus Cuxhaven zu seiner ersten Ueberfahrt nach Amerika ausgelaufen. Die „Hamburg“ ist das dritte Schiff der „Albert Ballin-Klasse“ und hat vor kurzem ihre Probefahrt nach Helgoland gemacht. Der Dampfer besitzt ein „großes Sportdeck“, auf dem sich u. a. ein Tennisplatz mit geschlossener Regenanlage und ein Platz für Fußballspiel befinden. Auch Basketball, Faustball und Raquet können darauf gespielt werden. Weiter besitzt das Sportdeck eine Regelhahn und einen neuartigen Bogenschießapparat für zwei bis vier Personen. Neben der „Turnhalle“ ist ein Tauchbecken eingebaut, in dem man ein Bad im Freien nehmen kann. Auch Ruheräume für Licht- und Sonnenbäder sind vorhanden. Die großartige Sportanlage ist erfreulicherweise nicht lediglich den Passagieren der ersten Klasse, sondern auch denen der zweiten und dritten Klasse zugänglich.

Ein gefährliches Schuppupmittel. In einem Berliner Schuhgeschäft begann eines Tages eine Anzahl dort tätiger Mädchen über Müdigkeit, Unbehagen, Kopfschmerzen, Mattigkeit und Unruhe zu klagen. Dr. Ullmann von der 2. Medizinischen Klinik der Charité ging der Sache nach und fand als Ursache dieser Erscheinung ein amerikanisches Schuppupmittel, das reichlich freie Blausäure enthält. Das Gift wurde eingeatmet, durch schmutzige Finger in den Mund gebracht oder drang bei dem Tragen der Schuhe durch Hautwunden an den Füßen in den Körper ein. Der Arzt forderte sofortige Beschlagnahme des giftigen Schuppupmittels und ein Einfuhrverbot.

Im Belfein des eigenen Vaters hingerichtet wurde in Willebgeville in dem nordamerikanischen Staat Georgien ein junger Mann namens Ted Coggerhall, der unter der Anklage, einen Professor Wright ermordet zu haben, zum Tod verurteilt worden war. In der barbarischen Exekution durch den „elektrischen Stuhl“, der übrigens schon von verschiedenen amerikanischen Staaten abgeschafft worden ist, nahm außer den Gerichtspersonen auch der Vater des Verurteilten teil. Bevor Ted Coggerhall auf dem Todesstuhl Platz nahm, schrie der Verurteilte verzweifelt: „Ich bin unschuldig!“ Der junge Coggerhall hatte sich inzwischen gefügt; er rauchte eine Zigarette und rief seinem Vater noch ermutigende Worte zu, bis der Henker den Todesstrom einschaltete und der junge Mensch seinen Geist aufgab.

Der Reformbandit Chapman ist in Weatherfield hingerichtet worden. Chapman, der, bisher dreimal aus dem Bundesgefängnis in Atlanta entwichen ist, war einer der gefährlichsten Verbrecher der Vereinigten Staaten. 20 Urteile sind gegen ihn wegen Diebstahl und Straßenzugriff rechtskräftig geworden. Nun ist Chapman der „Gentlemanräuber“, der Phantastische von 30 Millionen Kinder Amerikas, bis zum allerletzten Augenblick seiner Heldenpose treu geblieben. Er hätte ein Gnadengesuch an den Gouverneur einreichen können, verzichtete jedoch darauf. Er sei unschuldig zum Tode verurteilt worden, gemordet habe er nicht. Er habe wohl die verwegentesten Raubüberfälle vollführt und die größte Summe in der Geschichte der modernen Verbrechenswelt, 10 Millionen Mark, erbeutet. 24 Stunden vor seiner Hinrichtung wurde er von einer durch die Prozeßordnung der Vereinigten Staaten vorgeschriebenen Kommission aufgesucht, der er eine schmeichelnde Abschiedsrede hielt. Trotzdem sagte die Jury den Beschluß, der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen. Chapman lag sich in seine Hülle zurück, las Romane und spielte seine heroische Rolle weiter — bis ganz zuletzt. Da erstarb die Heldenpose in der Todesangst.

Ergebnis der französischen Volkszählung. Nach einer amtlichen Mitteilung des Arbeitsministeriums ist jetzt die Volkszählung in Frankreich beendet. Der amtliche Bericht stellt fest, daß die 1920 ermittelte Ziffer von 39,209,518

Einwohnern keine wesentlichen Veränderungen aufweist. Gegenüber dem Vorjahre ist in diesem Jahre eine leichte Verminderung der Heiraten und eine Zunahme der Geburten um 17,000, aber auf der anderen Seite eine noch stärkere Zunahme der Todesfälle von mehr als 29,000 festzustellen. Der Ueberschuß der Geburten beträgt gegenüber 1924 (72,000) jetzt 60,000. Dem Berichte ist eine Statistik über die Geburtenziffern in anderen Ländern beigelegt. Gegenüber den Vorjahresziffern der Jahre 1911 bis 1918 hat der jährliche Ueberschuß an Geburten pro 10,000 Einwohnern leicht zugenommen, in Frankreich von 17 auf 19, in den Niederlanden von 150 auf 153, Italien von 124 auf 127, in Spanien von 89 auf 102. In allen Ländern hat die Geburtenziffer dagegen abgenommen. In Norwegen ist sie von 123 auf 106 gesunken, in Deutschland von 118 auf 82, in Ungarn von 112 auf 66, in England von 103 auf 66, in Schweden von 98 auf 61.

Der Jahresbericht der Ehelich-Friedensgesellschaft, der von derselben ausgesendet wird, gibt einen Rückblick über die Tätigkeit der Gesellschaft im verfloffenen Jahre. Eine für die beste Arbeit zur Friedensfrage ausgeschriebene Prämie in einer Preiskonkurrenz wurde Dr. Hans Wehberg, Herausgeber der „Friedenswarte“, Berlin, und Red. Kondella vom „Vrad. Vidri“ zugesprochen. Auf Intervention der Gesellschaft wurde am Gedenktage Romens für alle Schulen die sog. „Friedenshalbstunde“ zwecks Friedenspropaganda eingeführt. Außer einzelnen öffentlichen Vorträgen und Enquêtes unternahm die Gesellschaft auch öfter Interventionen im Sinne des Friedensgedankens. Interessant ist die Feststellung im Jahresberichte, daß die sogenannte „Aus-Schule“ in Prag die Einreichung von Vorträgen über den Friedensgedanken in ihr Programm aufnahm, und daß die Weihnachtsauftritte an die tschechische Bevölkerung der Gesellschaft beizutreten, von der tschechischen Presse meistens nicht veröffentlicht wurden. Schließlich sei noch bemerkt, daß die Gesellschaft beim Schulministerium intervenierte, den Staatspreis für Kunst und Literatur auch den Angehörigen der Minoritäten zukommen zu lassen.

Wetterbericht vom 15. April. Bei anhaltendem Sonnenschein erreichte die Nachmittagstemperatur Mittwoch in der ganzen Republik einen bedeutend übernormalen Stand. In den Niederungen stieg sie über 18 bis 20 Grad Celsius. In der Nacht auf Donnerstag trat an diesen Stellen neuerdings Frost ein, er war jedoch schwächer und von kürzerer Dauer als am Vortage und strichweise nur auf die bodennächsten Schichten beschränkt. Auf 1 Grad Celsius sank die Temperatur in Eger, Subweiss Lucence. Die umgekehrte Verteilung der Temperatur mit dem Höchstpunkt in den Morgenstunden wiederholt sich. Während Prag früh noch Reif hatte sank die Temperatur am Donnerstagsmorgen nicht unter plus 10 Grad. Der Himmel ist fortwährend heiter. — Wahrscheinliches Wetter von Freitag: Zunahme der Bevölkerung, wärmere Nacht, aufstreichende Südwestwinde.

Humor.

Gottvertrauen. Pfarrer: Warum bist so gedrückt und niedergeschlagen, Sepp? — Sepp: Mein ganzes Geld hab' ich beim Regelscheiß'n verlor'n. — Pfarrer: Siehst du, mein Sohn, wärest du in meine Predigt gegangen, statt Regel zu schreiben, dann hättest du dein Geld noch. — Sepp: Aber ich bitt', Hochwürden, der andere, der 's Geld g'wonnen hat, war ja a nöt in Ihnerer Predigt.

Suborkommend. Er (zu seiner Frau): „Wenn ich bis 11 Uhr nicht da bin, brauchst du nicht auf mich zu warten.“ Sie: „Fällt mir auch gar nicht ein! Wenn du bis 10 Uhr nicht heimkommst, hol' ich dich aus dem Wirthaus.“

Kleine Chronik.

Junggesellen und Wohnungsnot. In England sucht man der Wohnungsnot durch ein scharfes Vorgehen gegen Junggesellen zu steuern. Ein Herr Wallod, der Vorsitzende der Incorporated Society of Auctioneers, hat große Häuserblöcke aufgestellt und den darin wohnenden Junggesellen freigestellt, entweder auszugehen oder zu heiraten, weil in unserer Zeit kein lediger Mann für sich allein eine Wohnung beanspruchen dürfte, in der eine Familie glücklich sein könne. Auf diese Weise hat er 300 bisher von Junggesellen innergehabte Wohnungen leer bekommen.

Ein Meisterwerk deutscher Architektur in Spanien. Wie die alten Dombauten in Mainz und Köln, ist auch die berühmte Kathedrale von Burgos, wie aus einer dringlichen Eingabe der Madrider Akademie der Schönen Künste an die spanische Regierung hervorgeht, erstlich in ihrem Bestande gefährdet. Besonders bedroht sind die kostbaren Bogengewölbe der beiden Türme, die Schöpfung des deutschen Baumeisters Hans von Köln, der 1442 mit dem Ausbau der damals noch unvollendeten Türme beauftragt wurde und sie zu hervorragenden Meisterwerken der Gotik gestaltete.

Die Heirats-Annonce. Hans Hansen aus Kopenhagen, ein vierzigjähriger Junggeselle, verspürte das dringende Bedürfnis, zu heiraten. Sein zwanzigjähriger Freund Jens Jensen war ebenso eifrig darauf erpicht, möglichst schnell recht viel Geld zu verdienen. Hans Hansen ließ eine Heirats-Annonce in eine Zeitung einrücken und bekam einen ganzen Stoß Antworten von Schönen, die ebenso gern wie er heiraten wollten. Darauf wählte er aus den eingesandten Briefen und Photographien Fräulein Nielsen aus Helsingör und schrieb ihr einen liebevollenden Brief, d. h. er ließ ihn durch Jens Jensen schreiben, weil

er selbst sich nicht die geeignete Ausdrucksweise für diese galante Angelegenheit zurate. Nach einigen Tagen antwortete Fräulein Nielsen ebenso liebevollend. Hans Hansen schwamm in eitel Sonne und Seligkeit und ließ sofort durch Jens Jensen der hohen Briefschreiberin mit dem nötigen Feuer Hand und Herz antworten. Bald erwiderte die Dame das Angebot an. Nur einen Haken hatte die Sache. Fräulein Nielsen konnte nicht, wie gewünscht, nach Kopenhagen kommen; ihre Mutter lag im Sterben, das kostete viel Geld, und als treue Tochter könne sie doch die Mutter nicht verlassen. . . Hans Hansen verging vor Nahrung, schrieb sofort durch seinen Freund Jensen einen dicken Trostbrief und sandte einige hundert Kronen zur Pflege der künftigen Schwiegermama nach Helsingör. Die Mutter wurde auch glücklich wieder gesund; sie wollte dem künftigen Paar sogar ein Villengrundstück kaufen, aber . . . Hans Hansen verstand und schickte 2000 Kronen Zuschuß. Dann beschloß er, das süße Bräutchen zu überraschen, begab sich, im Bräutigamsstaat, das liebebrüderliche Herz von Erfüllungshoffnung geschwellt, heimlich nach Helsingör und — fand kein Fräulein Nielsen, wohl aber eine alte Frau Nielsen, die Tante von Jens Jensen. Die brave Frau war so indiskret, der Polizei zu verraten, daß Jens Jensen die Briefe für Fräulein Nielsen empfangen habe, und Jens Jensen mußte, als er verhaftet wurde, eingestehen, daß er nicht die Briefe an Fräulein Nielsen, sondern auch die Antworten auf diese Briefe verfaßt und das Geld schon zum größten Teil kaufmännisch verwendet hatte. Das Kopenhagener Landgericht verstand aber keinen Spaß und verurteilte Jens Jensen zu 2 Jahren Verbesserungshaus. Aber Hans Hansen soll noch immer keine Frau haben. . .

Eiserne Häuser. Die in allen Ländern herrschende Wohnungsnot hat schon zu verschiedenen Maßregeln geführt, um Häuser bedeutend schneller zu errichten, als es bei der Verwendung des üblichen

Prager Kurse am 15. April.

	Wert	Ware
100 holländische Gulden	1856.—	1362.—
100 Reichsmark	808.50.—	807.90.—
100 belgische Franken	126.30.—	127.70.—
100 Schweizer Franken	651.87.—	654.57.—
1 Pfund Sterling	163.95.—	165.15.—
100 Lire	135.55.—	136.95.—
1 Dollar	83.70.—	84.—
100 französische Franken	114.75.—	116.15.—
100 Franc	50.41.—	50.91.—
100,000 magarische Kronen	4.60.25	4.70.25
100 polnische Slosk	372.—	378.—
100 Schilling	476.12.—	479.12.—

Volkswirtschaft.

Die konfus gewordene Steuerverwaltung oder wie macht man amtlich die Menschheit verrückt.

Jeder der darüber nähere Auskunft wünscht, wende sich an die Steueradministration Neudel, Leitung Herr Oberfinanzrat Michl.

Diesem Amte blieb es vorbehalten, in der Einkommensteuer-Abzugsfrage der Arbeiter einen solchen Wirbel hineinzufragen, bzw. so verkehrte Weisungen herauszugeben, daß sich kein Arbeiter mehr auskennt und niemand mehr weiß, was er tun soll.

Erst hieß es: „Wer mit dem dreiprozentigen Abzuge einverstanden ist, unterschreibt sich.“ Dann im Schutzgeheiß vom 31. März 1926 hieß es: „Wer mit dem dreiprozentigen Abzug vom Lohn nicht einverstanden ist der unterschreibt sich.“ Im neuen Aufruf heißt es wieder: „wer zahlungsbereit ist, unterschreibt.“

Angeichts dieser amtlichen widersprechenden Weisungen muß sich jeder fragen: „Was ist also richtig? Was hat Geltung? Wann kommt man mit dem Schutzgeheiß nicht in Verührung? Sind die staatlichen Behörden dazu da, um Unordnung zu stiften oder um Ordnung zu schaffen? Was würde ein privater Unternehmer tun, wenn in seinem Betriebe von einem verantwortlichen Beamten solche verkehrte einander widersprechende Weisungen hinausgegeben würden?“

Da wir keineswegs die ruhmreiche Tätigkeit der Aufrufe verfassenden Steueradministration Neudel irgend beschränken wollen, bringen wir den allerleyen Schlagern zum Abdruck.

An die P. L. einkommensteuerverpflichtige Arbeiterschaft der Neudeler Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Neudel.

Sie werden aufgefordert, ausdrücklich schriftlich zu erklären, wer von Ihnen bereit ist, unter den im hieramtlichen Aufrufe vom 31. März 1926 (Schutzgeheiß) angegebenen Bedingungen dem hierseits mit der Arbeiterschaft der Neudeler Wollkammerei und Kammgarnspinnerei und ihrem Dienstgeber behufs Abzuges einer 3 Prozent Einkommensteuer vom Bruttolohne des Jahres 1926 zu treffenden Abkommen, beizutreten.

Zur Befundung dieses Zweckes wolle ein jeder Arbeiter, gleichgültig ob Mann oder Frau, in der Zeit vom 16. bis 24. April 1926 eine zweifache seinen Namen in eine von der Fabrikdirektion in obiger Zeit in den Fabrikräumen zur Auflegung gelangende Liste eintragen.

Steueradministration Neudel, am 15. April 1926.

Der Oberfinanzrat: Josef Michl.

Träger, Neudel.

So der Wortlaut des neuesten Geistesproduktes der Neudeler konfus gewordenen Steueradministration, zu dem wir folgendes bemerken: Die Arbeiterschaft hat es nicht notwendig zu warten, bis der Herr Oberfinanzrat mit der Fabrikleitung ein Abkommen treffen wird, sie ist selbst stark genug Ueberschneidungen zu treffen und hat ihre Organisationsstellen dazu. Natürlich wenn man der

Arbeiterschaft ein Abkommen aufdrängen will, welches schlechter ist als in anderen Betrieben im Bezirke der Steueradministration Neudel, dann werden die Arbeiter nie damit einverstanden sein, auch dann nicht, wenn die Firma und ihre Organe etwa Lust haben sollten, sich zum Steuerbüttel aufzuspielen.

Eines steht fest. Hätte die Steueradministration Neudel den Vorschlag der Organisation, womit der Abzug mit K6 160.01 wöchentlich der Verdienst beginnen soll, auch für die Arbeiter der Neudeler Woll- und Kammgarnspinnerei in Neudel akzeptiert, was sie leicht hätte tun können, da sie als Behörde des Ortes die Verhältnisse besser kennt als eine übergeordnete Instanz, dann hätte sie die ganzen Aufrufe, mit denen sie sich vor der Welt nur lächerlich macht und blamiert, erspart.

Nachdem fast jeden Tag ein neuer Aufruf erscheint, sehen wir auch noch den Tag kommen, wo die Steueradministration den einzig vernünftigen Aufruf herausgeben wird und das ist der: der Abzug beginnt bei einem Wochenverdienst von K6 160.01 und die Abzüge werden erst von dem Zeitpunkt gemacht, wo der Arbeiter unterschreibt aber nicht rückwirkend wie es die Steueradministration will.

Der Verband der Angestellten der Geldinstitute (Geldinstitute) hat am 4. April 1926 seinen ordentlichen Delegiertentag abgehalten, an dem außer den Delegierten von 22 Ortsgruppen Vertreter des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten, des Österreichischen Bankbeamtenverbandes, des Bundes der Bank- und Sparkassengehilfen in der Republik Oesterreich und der Stl. Obere Deputierten teilgenommen haben. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten in Berlin hat sich eingeschüdiget. Der Delegiertentag hat einstimmig folgende Resolution angenommen. „Der Delegiertentag fordert im Namen der durch ihn vertretenen Angestellten, seine Gewerkschaftszentrale und alle sozialistischen Abgeordneten und Senatorenklubs auf, ersichtlich und mit allem Nachdruck sich dafür einzusetzen, daß die dringendsten Forderungen der Arbeitnehmerschaft auf dem Gebiete des gesellschaftlichen Schutzes der sozialen und Arbeitsverhältnisse in kürzester Zeit verwirklicht werden, namentlich: 1. die gesetzliche Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge; 2. die Novellierung der Gesetze über die Pensions- und Krankenversicherung von Privatangestellten; 3. die Novellierung des Gesetzes über die Betriebsausfälle mit Erstreckung seiner Wirkung auf Banken, Spar- und Vorsparbanken, Versicherungsanstalten und Geldunternehmungen überhaupt; 4. die Novellierung des Gesetzes über Handlungsgesellen mit Erweiterung und klarer Bestimmung jener Arbeitnehmerklassen, auf welche sich der Schutz dieses Gesetzes bezieht; 5. die Erneuerung des Gesetzes über die Förderung der Bauartigkeit.“

Sie wittern Morgenluft! Vor etwa 14 Tagen teilte Herr Betriebsleiter Kalliwoda von der Firma Schöck in Maydorf (Zips) dem Betriebsausschuß mit, daß infolge einer andauernden Stagnation die Feuerungszulage, die im November 1925 von 10 auf 12 Prozent erhöht worden war, wieder auf 10 Prozent herabgesetzt werde. Obwohl dem Herrn Betriebsleiter bekannt sein muß, daß die Feuerungszulage zwischen Organisation und Firma vertragsgemäß vereinbart ist und nur nach entsprechender Kündigung und Verhandlung geändert werden kann (was hätte Herr Kalliwoda z. B. gesagt, wenn die Arbeiter mitten im Vertragsverhältnis eine Erhöhung auf 15 Prozent verlangen würden?), bearbeitete er den B. A. mit verschiedenen Androhungen so lange, bis dieser erklärte, er nehme die Mitteilung zur Kenntnis. Herr Kalliwoda scheint aber mit der diffizilen Reduktion noch ganz andere Ziele verfolgen zu wollen, Ziele, die besonders klar zum Ausdruck kamen, als der Gewerkschaftsvertreter Genosse Kitzel am 30. März in dieser Sache bei der Firma intervenierte. Eine Begründung für den Abzug vermochte er nicht zu geben, aber aus dem ganzen Sachverhalt ist klar zu ersehen, daß er sich gerne bei der Firma schön machen möchte, um seine „Tätigkeit“ zu beweisen. Eine Hungerkur für die Ärmsten der Armen scheint ihm dazu gerade das richtige Mittel zu sein und weil er weiß, daß er da bei der Organisation einen schweren Stand hätte, glaubt er sein Ziel besser erreichen zu können, wenn er die Organisation umgeht. Als der Verbandsvertreter in der Darlegung des Rechtsverhältnisses nicht nachgab, da ersuchte auf einmal den Herrn Kalliwoda eine „Erbitterung“. Sie äußerte sich darin, daß er zunächst den Sekretär antempelte, weil er nicht nachgab und daß er dann den gesamten Lohnvertrag auf den Termin des 16. April kündigte. Herr Kalliwoda wird sich natürlich irren, wenn er glaubt, damit die Arbeiter einschüchtern zu können. Bei dem jetzigen Verhalten der Firma ist es keineswegs ausgeschlossen, daß es zu einem harten und erbitterten Kampfe kommt. Wir machen heute schon die Arbeiter aus den anderen Gebieten darauf aufmerksam, es ist auch jetzt ratsam, bis zur Klärung der Differenzen jede Zureise nach Maydorf zu unterlassen.

Der Arbeitsmarkt im Feber 1926. Nach einer Mitteilung des Ministeriums für soziale Fürsorge betrug die Zahl der Arbeitslosen in der Republik, das heißt die Zahl derjenigen, welche durch die Arbeitsvermittlungsanstalten nicht weitergebracht werden konnten, Ende Feber dieses Jahres 62,079; gegen Ende Jänner ist eine geringfügige Zunahme um 203 Personen zu verzeichnen. Die Zahl der angemeldeten freien Stellen betrug 12,982. Durch Vermittlung der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen wurden in der letzten Februarwoche nach den vorläufigen Feststellungen 25,100 Personen unterstützt gegen 22,783 im Jänner.

Mitteilung aus dem Publikum.

Brüder Kohlenbergbau-Gesellschaft.

Am 15. d. M. fand in Brüx unter dem Vorsitz des Präsidenten Jng. Franz Strizgel die 51. ordentliche Generalversammlung der Brüder Kohlenbergbau-Gesellschaft statt.

Der Geschäftsbericht und der Rechnungsabschluss des Geschäftsjahres 1925 sowie der Antrag auf Verwendung des Reingewinnes wurden genehmigt.

Die Bilanz weist einen Reingewinn von K 6.062.131,05 aus. Dieser Reingewinn stellt sich trotz des schlechten Betriebsergebnisses etwas höher als der Reingewinn des Jahres 1924, da sich auf dem Effekten-Konto gegenüber dem Vorjahre ein Minderverlust von K 750.000.— ergibt.

Der nach dem Gesetze vom 25. Feber 1920 Stg. 143 den Arbeitnehmern zufallende Anteil am Reingewinn beträgt K 600.000.—

Weiters wurde der Verwaltungsrat ermächtigt, im geeigneten erscheinenden Zeitpunkt das Kapital der Gesellschaft durch Bareinzahlung oder durch Aufwertung der Aktien bzw. durch Kontobindung beider Möglichkeiten auf einmal oder schrittweise auf maximal K 120.000.000.— zu erhöhen und die mit der eventuellen Kapitalerhöhung verbundene Statutenänderung den kompetenten Stellen zur Genehmigung vorzulegen;

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir unter anderem: Der Geschäftsgang nahm den bereits im vorjährigen Berichte angezeichneten ungünstigen Verlauf, so daß die Schächte in den Sommermonaten meistens nur an 4 Tagen in der Woche arbeiten konnten.

Auch das Herbst- und Wintergeschäft erreichte trotz anscheinend guter Beschäftigung der inländischen Industrie und des früheren Eintrittes einer Frostperiode nicht die gewohnte Lebhaftigkeit, so daß mit Jahresabschluss größere Mengen unverkaufter Kohle liegen blieben.

Die Bemühungen, für die Braunkohle, wie es früher der Fall war, die ihrem Werte entsprechenden Sonderpreise zu erwirken, sind leider erfolglos geblieben, so daß die Braunkohle bis auf weiteres dieselbe Fracht tragen muß, wie die beste Steinkohle.

Eine Behinderung des Herbstgeschäftes durch Wagenmangel war infolge der im Berichtsjahre seitens der Staatsbahnverwaltung getroffenen Maßnahmen nicht zu vermeiden.

Die Bemühungen, die ausländischen Absatzgebiete, insbesondere Deutschland, wiederzugewinnen und auf diese Weise für den Rückgang des Inlandsverbrauches Ersatz zu schaffen, werden durch die hohen inländischen Abgaben und Frachten beeinträchtigt.

Der Auslandsabsatz ist vielmehr auch weiterhin in hohem Maße begriffen; schon die Kohlensteuer macht, da im Auslande eine solche nicht mehr besteht, den Wettbewerb mit der deutschen Kohle fast unmöglich, so daß Lieferungen in vielen Fällen nur zu Verlustpreisen erlangt werden können.

Eine Besserung ist in dieser Hinsicht erst nach Aufhebung der Kohlensteuer von Exportlieferungen und weiterer Ermäßigung der Ausfuhrtarife zu erwarten.

Die Förderung an sortierter Kohle betrug 2.150.640 Tonnen gegen 2.331.120 Tonnen im Jahre 1924.

Nordböhmische Kohlenwerks-Gesellschaft.

Am 15. d. M. fand in Brüx die 36. ordentliche Generalversammlung der Nordböhmischen Kohlenwerks-Gesellschaft in Brüx statt.

Die vorgelegte Bilanz und der Antrag auf Verwendung des Reingewinnes wurden genehmigt.

Die Bilanz weist für das Geschäftsjahr 1925 einen Reingewinn von K 4.829.637,72 aus, der sich durch den Gewinnvortrag aus dem Jahre 1924 per K 1.075.593,89 auf K 5.905.231,61 erhöht. Die Dividende wurde mit K 88.— festgesetzt und gelangt ab 17. April 1926 zur Auszahlung.

Der nach dem Gesetze vom 25. Feber 1920 Stg. 143 den Arbeitnehmern zufallende Anteil am Reingewinn beträgt K 440.000.—

Anlangend den auf die Tagesordnung gestellten Antrag betreffend Kapitalerhöhung wurde von der Verwaltung die Notwendigkeit dieser Maßnahme durch die zu erwartende Einführung von Stabilisierungsbilanzen und einen allfälligen Investitionsbedarf begründet, worauf die Generalversammlung dem Verwaltungsrate die Ermächtigung zur Durchführung einer Kapitalerhöhung auf einmal oder schrittweise bis zum Höchstbetrage von K 120.000.000 und zur Vornahme der entsprechenden Statutenänderung erteilte; die Aktionäre werden im Falle einer Neuemission nach Maßgabe ihres Aktienbesitzes bevorzugt sein.

Der Geschäftsbericht erwähnt insbesondere, daß eine Wiedereroberung der in Deutschland und Oesterreich verloren gegangenen Absatzgebiete bei der fortwährenden Belastung der Inlandsproduktion durch Abgaben, die von der ausländischen Kohlen-

erzeugung nicht erhoben werden und durch die gegenüber den in Betracht kommenden Auslandsstarifen noch immer höheren Frachtsätze nicht möglich war, weshalb die Ausfuhr in der Hauptsache auf verhältnismäßig geringe Mengen von hochwertigem Braunkohlen- und Spezialmarken beschränkt war. Aber auch im Inlande ist der Absatz für mittlere und geringere Braunkohlenqualitäten sehr erschwert, da im Gegensaß zur Vorkriegszeit für Braunkohlensendungen derzeit die gleichen Bahntarife entrichtet werden müssen wie für Steinkohlen und die Bestrebungen zur Wiederherstellung des Vorkriegsverhältnisses bezüglich der Braun- und Steinkohlentarife keinen Erfolg hatten.

Unter diesen Umständen blieb der Inlandskonsum an böhmischer Braunkohle noch weiter hinter der Lieferfähigkeit der Braunkohle zurück als im Vorjahre, so daß auch die gesellschaftlichen Werke genötigt waren, durch Einschränkung der Förderung auf durchschnittlich 4 Arbeitstage in der Woche im Zeitraum Jänner—August durch Auflassung der zweiten Förderdritte auf den Schächten Fortuna und Hercules und durch Stapelung größerer Quantitäten minder gangbarer Braunkohlensorten Produktion und Verlieferung herabzusetzen, weshalb die leistungsfähige Aenanlage Guido auf eindrittigen Betrieb und die Produktion an Humo-Kohle aus den gesellschaftlichen Karl-Grubensfeldern auf die verhältnismäßig geringen aus der Ausrichtung stammenden Fördermengen eingeschränkt bleiben mußten.

Die gesellschaftliche Kohlenförderung im Jahre 1925 betrug 1.907.030 Tonnen gegen 2.015.166 im Vorjahre.

Der Film.

Der Spiegel der Liebe ist eine äußerst verzwickte und dabei ziemlich dunkle Geschichte von einer Mama und ihren drei Töchtern. Diese drei Mädchen sind ganz moderne Geschöpfe, die ein flottes, freies Leben führen, selbst über ihre Zukunft entscheiden wollen und sich von der guten Mama, die noch der „alten Schule“ angehört, nichts sagen lassen; sie haben, kurz gesagt, alle Tugenden freier, moderner Jugend. Die Mutter versucht ihnen klar zu machen, daß die Männer, die sie sich als zukünftige Lebensgefährten ausgesucht haben, nicht zu ihnen passen. Da die Vorstellungen nichts helfen und der Mutter altmodische Ansichten vorgeworfen werden, packt sich die liebe Frau zusammen, fährt nach Paris und kommt nun nach einiger Zeit als hypermoderne Dame zurück. Sie bezaubert durch ihre Lebenswürdigkeit die Anbeter ihrer Töchter und überzeugt sie dadurch, was für flatterhafte Männer das sind, worauf die Mädchen die richtigen Männer heiraten und sich mit der Mutter wieder ausöhnen. Die „kühne“ Phantasie des Librettisten ist ziemlich mittelmäßig verfilmt worden, was allerdings zum großen Teile dem Regisseur zuzuschreiben ist, der den Vorwurf oberflächlich, flau und unbedeutlich gedreht hat.

Genossen leset u. verbreitet den Sozialdemokraten

Kunst und Wissen.

Was eine „Gräfin Mariza“ einbringt! Der bekannte ungarische Operettenkomponist Kalman soll, nach Wiener Berichten, für seine Operette „Gräfin Mariza“ das fürstliche Honorar von ungefähr 480.000 Mark (das sind nahezu vier Millionen Tsch. Schenkronen!) erhalten. Die Anteile der Librettisten und die Spezen sollen von dieser Summe bereits abgezogen sein. Der Komponist selbst bestreitet diese Angaben. Er will bisher lediglich 150.000 Mark bekommen haben. Das Operettenkomponieren ist auch in diesem Falle noch ein gutes Geschäft.

Dichterlos. Ein amerikanischer Autographensammler hat in London für 36.000 Dollars das Manuskript der ersten Verse des berühmten englischen Dichters John Milton erstanden. Das Dokument datiert aus dem Jahre 1623 und ist im Jahre 1921 von dem Professor Hugh Conway wieder entdeckt worden. Als im Jahre 1667 Milton, der inzwischen blind geworden war, sein berühmtes Epos „Das verlorene Paradies“ (das bekanntlich später Aopsiod als Vorbild für seinen „Messias“ gebient hat) nach neunjähriger Arbeit vollendet hatte, verkaufte er es an einen Buchhändler namens Symons. Der unglückliche Autor erhielt fünf Pfund Sterling vor der Drucklegung seines Werkes. Fünf weitere sollte er nach dem Verkauf der ersten 1200 Exemplare beziehen und noch einmal fünf Pfund für eine zweite, ebenso große Auflage. Aber sieben Jahre nach Abschluß dieses Vertrages, als der Dichter starb, waren noch nicht einmal 3000 Exemplare verkauft worden. Damals zehn Pfund für die ganze erste Auflage des „Verlorenen Paradieses“, heute 36.000 Dollars für das Manuskript der Jugendverse des Dichters! Wie viele geistige Arbeiter erleben in unserem kapitalistischen Zeitalter ein ähnliches Schicksal wie Milton!

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Freitag 10 Uhr „Cavalleria Rusticana“, „Bajazzo“, Samstag halb 8 Uhr „Der Seltige“, „Brüderlein sein“, „Die schlimmen Buben“, Sonntag 11 Uhr vormittags Singverein, halb 3 Uhr nachmittags „Gräfin Mariza“, 7 Uhr abends „Lannhäuser“.

Montag 7 Uhr abends „Die heilige Ente“, Dienstag „Terestina“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag „Der Gatte des Fräulein“, Samstag „Der Leuchte Lebemann“, Sonntag 3 Uhr „Der Leuchte Lebemann“, halb 8 Uhr abends „Nidel und die 36 Gerechten“, Montag „Der Leuchte Lebemann“, Dienstag „Die heimliche Brautfahrt“.

Die literarische Produktion Deutschlands. Im Jahre 1925 erschienen in Deutschland 37.722 Werke, während im Vorkriegsjahr 1913 nur 35.078 zu verzeichnen sind. Wie stark die Produktion stieg, zeigt ein Vergleich mit den 28.140 Neuererscheinungen des Jahres 1924.

Liedertafel des Gesangsvereins „Gutenberg“. Sonntag, den 18. April, um halb 8 Uhr abends findet im Kleinen Feinesaal eine „Frühjahrs-Liedertafel“ statt, die der Gesangsverein Gutenberg veranstaltet. Es ist wohl zu hoffen, daß sich die Genossen und Genossinnen aus Prag zahlreich an der-

Turnen und Sport.

Vom Wert des Sports.

Die „Frankfurter Zeitung“ weist in einem Artikel, in dem sie zur Entwicklung des deutschen Sports in der Nachkriegszeit Stellung nimmt, darauf hin, daß man in Deutschland, trotz des riesigen Aufschwunges des Sports, dem sportlichen Betriebe noch etwas fremd gegenüber steht, daß seine Eingliederung in das öffentliche Leben trotz aller Unterstützung durch Regierung und Behörden noch nicht erfolgt ist. Anschließend führt das Blatt aus: „Während die Anhänger im Sporte das einzige Mittel zur „Erträglichung“ der Jugend sehen, bekämpfen ihn die Gegner, weil sie fürchten, aus dem Volke der Dichter und Denker könnte ein Volk der Boyer und Fußballspieler werden. Auf beiden Seiten wird hart gekämpft, aber demjenigen, der betrachtend den Kampf verfolgt, kann es nicht entgehen, daß die Sportgegner an Boden verlieren. Wir befinden uns also auf dem Wege, dem Sport seinen freien Platz im öffentlichen Leben einzuräumen. Ueber nicht allzu schwere Hindernisse hinweg hat der Sport sich als ein Erziehungsmittel durchgesetzt, allerdings mehr im Hinblick auf seine Bedeutung für die Körperpflege.“

Das Blatt kommt dann auf die Gründe zu sprechen, die vom „Streben nach Höchstleistung“ zum Berufs-sport führen und charakterisiert diesen treffend: „Hier ist Sport nur Mittel zum Zweck, hier führt er zu dem oft recht lächerlichen Personenkultus. Und hierin unterscheiden wir uns in nichts mehr von den Amerikanern, denn auch bei uns ist ein Bogmeister Gegenstand begeisterter Ovationen. Das sind traglose Auswüchse, die deshalb so auffallend sind, weil das große Publikum besonderes Gefallen an Sensationsleistungen findet. Man sollte sich aber davor hüten, hierfür den Sport verantwortlich zu machen. Daß der Sport von den Berufs-sportlern als Mittel zum Zweck benutzt wird, kann dem Sport ebensowenig zum Nachteil gereichen, wie die Kunst schuldlos daran ist, daß sie so vielen als Protetwerb dienen muß. Von einem Mißbrauch kann man nur dann sprechen, wenn Amateure, d. h. solche, die vorgeben, den Sport um des Sportes willen auszuüben, sich auf irgendeine Weise für ihre Leistungen bezahlen lassen. Es kann dem ehrliehen Sport nur zum Vorteil gereichen, wenn es endlich zu einer reinlichen Scheidung kommt. Vor allem im (bürgerlichen, D. Red.) Fußball täte eine solche Reinigung gründlich not. Es geht nicht, daß Fußball-sportvereine unter dem Amateure spielen, als solche die staatlichen und städtischen Vergünstigungen genießen und dabei die besten Geschäfte machen.“

Der Artikel betont dann, daß Sport auch geistig wirken solle, einseitigen seien allerdings bei vielen Sport und Geist noch Gegensätze. „In der strengen Erziehung zum Sportsgeist, der beim Siege nicht überheblich, bei der Niederlage nicht gehässig sein darf, liegt einer der Hauptworte des Sports“. Allerdings schießt das bürgerlich-demokratische Blatt weit über das Ziel hinaus, wenn es glaubt, dem Sport komme die Mission zu, einen Ausgleich der Klassen- und Rangunterschiede herbeizuführen. Das heißt aus bürgerlicher Ideologie heraus das Wesen des Klassenunterschiedes völlig verkennen. Aber darin wollen wir dem Blatt Recht geben, wenn es dem Sport eine internationale, „völkerverständende“ Bedeutung beimißt, wenn es mit Genugtuung feststellt, daß im Sport die Völkerverehrung so weit gewichen ist, daß in Paris deutsche Fußballspieler über französische siegreich bleiben und vom Publikum mit Jubel überschüttet werden. Die sportlichen Beziehungen der Völker untereinander sind, dafür liefern solche Vorfälle die besten Beweise, ein wertvolles Glied in der Kette der Mittel, die zum Verstehen führen sollen.

5. Kreis. Am Sonntag, den 18. April veranstaltet der sog. Jugendverband Kundgebungen gegen den Militarismus, und zwar im Kreisgebiete in folgenden Städten: in Tepliz um 9 Uhr früh in den „Reptunsaal“, in Aussig um halb 10 Uhr vorm. im „Volksklub“, in Bodenbach um 9 Uhr vorm. in der „Volkskoll“, in Komotau um 9 Uhr vormittag im „Volksklub“. Die Turngenossen und „Genossinnen“ beteiligen sich vollzählig daran.

Herausgeber Dr. Ludwig Czsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Rettungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

ser künstlerischen Veranstaltung beteiligen werden, zumal ja der „Gutenberg“, den wir von seiner Mitwirkung an unseren Feiern in bester Erinnerung haben, der einzige deutsche Arbeitergesangsverein in Groß-Prag ist. Auf dem Programm stehen vor allem Schuber-Clöre und humoristische Vorträge des Genossen Dr. Klein und Herrn Egon Horns.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsg. Prag, Sonntag, den 18. April Karlstein—St. Ivan—Erbsto. Zusammenkunft 8.10, Abfahrt 8.35 Smichover Bahnhof. Führung Schmiedl.

Sozialdemokratische Studentengruppe, Freitag, 16. April, abends 8 Uhr im „Verein deutscher Arbeiter“, Seminar: „Die österreichische Revolution“. Bestimmtes Erscheinen notwendig!

Nicht Spiele innerhalb 17 Tagen absolvierte der Prager DFC. Das achte fand Mittwoch statt und unterlagen die Blauweißen gegen die Amateur-Auswahlmannschaft 3:6 (2:4). Die Amateure kämpften mit Begeisterung, die dem DFC. fehlte. Bei den Blauweißen war das Hinterspiel ganz außer Rand und Band geraten und zudem ließ der Torwächter Sigmundy Välle passieren, die gehalten werden konnten. DFC. konnte infolge Verletzungen nicht seine komplette Profi-Elf stellen. Die Sturmreihe operierte des öfteren zu langsam, so daß die Amateure immer wieder entstandene Lücken „vermauern“ konnten. Beide Gegner besetzten sich eines fairen und ruhigen Spieles — es war ja nur ein Trainingspiel. Die Leistungen, die die Spieler der Auswahlmannschaft boten, waren als Ganzes genommen, unbefriedigend; bloß ein kleiner Teil ist teamreif. Ausgezeichnet war der Mittelläufer.

Bezirkskrankenassa in Eger.

Erh.-Nr. 3014. Bei der Bezirkskrankenassa in Eger gelangt die Stelle einer

Ambulatorium-Schwester

zur Besetzung. Dieselbe muß in allen Handreichungen bei der Behandlung der Patienten durch die Ärzte bewandert sein. Kenntnisse in der Behandlung der Licht- und sonstigen physikalischen Apparate sind erwünscht.

Bewerberinnen, welche die Absolvierung einschlägiger Kurse oder dieser entsprechende Praxis nachweisen können, mögen die gehörig instruierten, selbst geschriebenen Gesuche (Stempelfrei) unter Angabe der bisherigen Verwendung bis längstens Dienstag, den 20. April 1926, um 5 Uhr nachmittags an die Bezirkskrankenassa in Eger einreichen. Persönliche Vorstellung wird nur über Aufforderung zugelassen.

Eger, am 14. April 1926. Der Vorstand.

KINO-PROGRAMM vom 16. bis 22. April:

LIDO 10 Licht-Journal „Der gesunde Kranke“ Ein sensationeller Film in 7 Teilen

Wran Urania-Kino Einziges deutsches Kino Prag. „Der Trödler von Amsterdam“

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben Goldenes Arenal, Prag-Nezastana.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche Konzerte PRAG II., Hybernka Nr. 1.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Pochova 27. Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfeht sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckarbeiten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsbeilagen, Zirkularen, Mitglieds-Listern, Einladungen, Paketen, Flug-schriften, Faktoren, Briefpapieren usw. in solidem und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschiergasse Nr. 6.